

# Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## Sie sind wieder „entrüstet“!

Wer denn? Die Konservativen und die Nationalliberalen natürlich in Folge des Reichstagsbeschlusses vom vergangenen Sonnabend, der die Ausweisung der Polen aus dem preussischen Staatsgebiet tabelt. Die Presse dieser Parteien leidet sich, als ob das ganze deutsche Volk so denke, wie die Herren von Hammerstein und Böttcher und drohen mit der Rache, welche dies deutsche Volk an seinen Vertretern nehmen wird, die für den Antrag des Abgeordneten Bindhorst gestimmt haben. Wenn das deutsche Volk so laut rufen würde, so könnten die „Kreuzzeitung“ und die „Kölnische“ Recht haben. Hören wir doch in einem bekannten Berliner Restaurant einen dieser Herren mit dem obligaten zerkauften Gesicht sich äußern: „Wo nur dieser Reichstag die Stirn nehmen mag, sich einen deutschen Reichstag zu nennen?“ Dem jungen Manne trauen wir zwar ein besseres Urtheil über gute Menschen und Quartier zu, als über den Charakter des deutschen Reichstags; wir wollen aber seine Stimme registriren zum besonderen Vergnügen des Herrn von Hammerstein.

Im Uebrigen: Späß bei Seite! Die Konservativen haben in den verschiedenen Entwicklungsperioden Deutschlands in diesem Jahrhundert lange genug russische Interessen vertreten, um uns begreiflich zu machen, daß das Ideal der Herren von Hammerstein und Genossen ein Hammerstein'scher Reichstag ist.

Aber wo liegt denn der Grund zur „Entrüstung“, die in den nationalliberalen Blättern so seltsame Blasen treibt, daß einige dieser Organe das deutsche Parlament, in dem auch ihre Bestimmungsgenossen sitzen, als „politisches Reichstag“ bezeichnen zu müssen glauben? Der Reichstag hat sich erlaubt, seine Meinung über die Ausweisung nicht naturalisirter Polen aus Preußen auszusprechen. Ist denn dies etwas so Schreckliches? Er hat auch nicht einmal den Antrag Dieblich's angenommen, er sich prinzipiell gegen solche Ausweisungen auszusprechen, nur den halben und zweideutigen Antrag Bindhorst's im Beschluß erhoben, der nicht die Ausweisungen selbst, sondern nur ihre Art und ihren Umfang tabelt.

Es darf auch nicht unbemerkt bleiben, daß die Konservativen und offiziellen Blätter der Sache viel lächerlicher gegenüberstehen, als die nationalliberalen. Der eigentliche Lärm wird nur in den letzteren gemacht. Und das ist bezeichnend genug, um so mehr, als es mit dem Umstände zusammenhängt, daß in diesem Moment die nationalliberale Presse den Bedarf an die nationalliberale Partei veröffentlicht, in dem dieser Partei im so und so viel tausendsten Male die Schmeichelei gesagt wird, daß ihr die Zukunft gehöre und daß sie „erwarten“ müsse, um wieder große Thaten zu thun.

Da läßt sich denn ohne große Mühe auch herausfinden,

um was es sich bei der „Entrüstung“ eigentlich handelt. Die biedereren Nationalliberalen glauben, eine „Entrüstungsbewegung“ im Volke sei das wunderthätige Mittel, mittelst dessen sie den zusammengefunkenen Kadaver ihrer Parteien neu beleben können. Sie begehnen dabei nur den kleinen Irrthum, sich selbst mit dem deutschen Volke zu verwechseln. Das ist bei der Eitelkeit, die den gestützten „Größen“ dieser Partei innewohnt, begreiflich. Dagegen sind sie überzeugt, daß ihre Argumente, die sie im Parlament vorzubringen pflegen, gewöhnlich unwiderstehlich seien. Als der Telegraph die Kunde von der erregten Polen-Debatte in die Welt hinaustrug, konnte man in den nationalliberalen vier Preßorganen nicht genug von der „glänzenden Rede“ des Herrn Marquardsen lesen. Für echte Nationalliberale mögen die parlamentarischen Leistungen des Herrn Marquardsen allerdings „glänzend“ sein. Uns will dagegen bedenken, daß die Leistungen des Herrn Marquardsen in der bekannten Kneipgesellschaft „Im Engern“ zu Heidelberg seine Zeitgenossen, die ihn kennen, dauernder interessieren werden, als seine parlamentarischen und politischen Thaten, denn im Reichstag wird die Abgeordnetheit und Inhaltlosigkeit seiner Argumente nur übertroffen von der Stärke seines Selbstbewußtseins.

Der Abgeordnete Payer hatte Recht, als er gegenüber den nationalliberalen Phrasen vom Schwinden des nationalen Lebens einfach sagte, nicht das nationale Leben, sondern der Nationalliberalismus sei im Schwinden begriffen. Das ist in der That so und daran werden die beiden Entrüstungs-Staatsmänner Böttcher und Marquardsen nichts ändern können. Sie mögen es glauben, daß das deutsche Volk ihrer herlich müde ist, und daß sie eine „Entrüstungsbewegung“ in Szene setzen wollen, um das öffentliche Interesse auf sich zu lenken, beweist, daß sie selbst eine Ahnung haben, auf welchem Niveau der Nationalliberalismus gesunken ist. Gewiß; das Centrum mit seinen fast nur reaktionären Bestandtheilen kann ohne Kulturkampf nicht bestehen; der Nationalliberalismus aber kann es noch viel weniger und das zeigt am besten der Umstand, daß diese Partei so sehr zum „Kudiment“ geworden ist.

Wir stehen deshalb dem Loben und Lärmen, das der Nationalliberalismus erhebt, sehr kühl gegenüber; wer den Pulsschlag unserer Zeit nur einigermaßen versteht, der begreift auch ohne Mühe, daß es mit dieser Partei nur noch abwärts gehen kann. Aber eine Mission hat diese Partei denn doch noch. Wenn man ihre „Größen“ so dastehen sieht und beobachten kann, wie die jungen „aufstrebenden“ Elemente sehnsüchtig nach den Seiten des Bundesrathes blicken, zu denen man in „besseren Zeiten“ emporkommen konnte; wenn man die wehmüthige Resignation und demüthig-volle Ergebenheit auf den Gesichtern der älteren Führer beobachtet — dann weiß man, daß diese Partei die historische Mission hat, zu beweisen, wie sehr irdische Herrlichkeit vergänglich ist.

Sehr wohl, Herr Kommerzienrath.“

Es dauerte ziemlich lange bis der Berufene erschien. Er sah matt und abgespannt aus, seinen müden, schläfrigen Manieren standen in seltsamem Gegensatz zu den lebhaften, energischen Bewegungen seines Vaters. Der Kommerzienrath verbergte sein Mißfallen beim Erscheinen seines Sohnes in keiner Weise.

Der junge Mann setzte sich in einen Lehstuhl und fing an, eine Zigarette zu drehen.

„Du wolltest mich sprechen,“ sagte er endlich.

„Zawohl,“ entgegnete der Kommerzienrath mit mühsam unterdrücktem Unwillen, „leider ist es mit Dir soweit gekommen, daß ich Dich rufen lassen muß, wenn ich etwas von Dir wünsche!“

„Ich kann es doch nicht riechen, wenn Du etwas willst,“ sagte der Sohn recht unehrerbietig. „Im Uebrigen, was ist es denn eigentlich?“

Der Kommerzienrath antwortete nicht gleich, er trat an das Fenster und begann mit den Fingern gegen die Scheiben zu trommeln. Sein hoffnungsvoller Sohn setzte seine Zigarette in Brand und blies den Rauch ziemlich geräuschvoll von sich.

Es bestand eine tiefe, geheime Feindschaft zwischen diesen beiden Männern.

Der Kommerzienrath, einer der reichsten Großindustriellen der Reichshauptstadt, hatte sein Vermögen auf ziemlich räthselhafte Weise erworben. Noch vor fünfundsiebzig Jahren ein unbedeutender Mäler, hatte er es verstanden, im letzten Kriege eine bedeutende Armeelieferung zu erhalten, und von da ab datirte der Ursprung seines großen Vermögens. Er war damals noch zu jung, um sich zur Ruhe zu setzen, sein einziges Streben bestand darin, sein Vermögen immer noch zu vermehren, und neben der Begierde nach dem Gelde fing schließlich ein brennender Ehrgeiz an, sein ganzes Dichten und Trachten in Anspruch zu nehmen. Er war Kommerzienrath geworden, bei festlichen Gelegenheiten schmückten mehrere Ordensbänder seinen Frack,

## Politische Uebersicht.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde über eine Regierungsvorlage, die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzbereichen betreffend, verhandelt. Das Centrum gewann auch diesem Antrag eine kulturkämpferische Seite ab, indem der Redner desselben behauptete, daß die biedereren katholischen Missionäre den evangelischen rechtlich nachgesetzt würden. Im Uebrigen wahrte der Reichstag in dieser Frage sein Recht, indem er gegen die konservativen Redner die Mitwirkung des Reichstages an den Rechtsstimmungen verlangte und in diesem Sinne eine Kommission ernannte. Dann trat der Reichstag in die Beratung der Pölle und Verbrauchssteuern ein, in Verbindung mit dem fortschrittlichen Antrag, das Branntweinmonopol betreffend. Hier wurden die Debatten äußerst schleppend. Dieselben werden sich wohl noch einige Tage in demselben Geleise bewegen; auch glaubt man, daß die Monopolfrage bei dieser Gelegenheit nur gestreift werden wird, um bei der Beratung des gegenwärtig im Schooße des Bundesrathes liegenden Monopolgesetzentwurfes mehr Staub aufzuwirbeln.

Zur Samoa-Affaire liegen noch immer keine Berichte vor, aus denen man ein zutreffendes Urtheil über den Hergang gewinnen könnte. Während unsere Offiziere davon reden, daß der Vorfall in England und Amerika nicht die geringste Aufregung hervorgerufen habe, meldet ein Telegramm aus Amerika die Absendung eines Kriegsschiffes nach den Samoa-Inseln.

Ueber die Wirkungen des Sozialistengesetzes äußert sich das samoa'sche „Leipzig'sche Tageblatt“ folgendermaßen: „Die sozialistischen Agitatoren pflegen bekanntlich in Abrede zu stellen, daß das Sozialistengesetz ihrer Partei Schaden gebracht habe. Wir sind dieser Behauptung stets entgegengetreten und finden unsere Auffassung neuerdings durch ein Bekenntniß der sozialistischen „Thüringer Waldpost“ bestätigt. In diesem Blatte wird bei Erwägung der im 19. sächsischen Reichstagswahlkreise in Folge des freiwilligen Rücktrittes des Abg. Ebert nöthig werdenden Ergänzungswahl auf Grund der ziffermäßigen Vertheilung der Reichstagswahlereignisse rückhaltlos zugestanden, daß das Sozialistengesetz ein „schwerer Schlag“ gegen die sozialdemokratische Partei war; nur behauptet die „Thüringer Waldpost“ noch, daß in der Zeit von 1881—1884 die Sozialdemokratie von diesem Schläge sich bedeutend erholt habe. Das genannte Blatt hätte noch hinzufügen können, daß, wenn das letztere wirklich der Fall gewesen, die Sozialisten dies in der Hauptsache der durch die Reichstagsmehrheit herbeigeführten Veränderung der Handhabung des Sozialistengesetzes zu danken hätten, indem dadurch das Gesetz vielfach unwirksam gemacht worden ist.“

Die „Nordb. Allg. Zeit.“ eröffnet natürlich dieser Leistung des sächsischen Reptils bereitwillig ihre Spalten. — Wir würden von diesen Auslassungen keine Notiz genommen haben, wenn aus denselben nicht rückhaltlos hervorginge, daß selbst

und um sein Glück vollständig zu machen, fehlte ihm nur eine Frau, die in würdiger Weise seinem großen Hauswesen vorzustehen verstand.

Herr Winkler war seit langen Jahren Wittwer. Als seine Frau starb, war sein Sohn kaum zwei Jahre alt gewesen. Im Anfange hatte er seine Frau sehr vermißt, als er jedoch ein reicher Mann geworden war, hatte er sich über den Verlust derselben zu trösten gewußt. Heute war es ihm sogar angenehm, daß er Wittwer war, denn er sagte sich, daß seine Frau, die von sehr schlichten, einfachen Sitten war, sich doch niemals in die veränderten Verhältnisse gefunden hätte. Nach ihrem Tode hatte er sich schablos zu halten gewußt, er hatte mehrere Jahre hindurch ein Verhältniß mit einer jungen Arbeiterin, die in einem Weißwaaren-geschäft angestellt war, unterhalten, und dieses Verhältniß war auch nicht ohne Folgen geblieben. Das junge Mädchen war bei der zweiten Niederkunft gestorben, und der Herr Kommerzienrath hatte es nicht für nöthig befunden, sich dann noch weiter um seine Nachkommenschaft zu kümmern.

Nur sein Sohn machte ihm noch Kummer. Von Jugend auf waren diesem jungen Manne alle Wünsche seines Herzens erfüllt worden, er hatte die verwegentesten seiner Gelüste mit dem Gelde seines Vaters befriedigen können, und im Laufe der Zeiten hatte der Sohn es verstanden, ein vollkommenes Uebergewicht über seinen sonst so hartherzigen und rücksichtslosen Vater zu erlangen.

Er hatte sich in viele der intimsten Geschäftsgeheimnisse seines Vaters einzuschleichen gewußt; dieselben mußten nicht sehr sauberer Natur sein, und der Sohn nahm ziemlich häufig Gelegenheit, in recht indiskreter Weise seinen Vater hierüber Vorhaltungen zu machen. Das Verhältniß zwischen Vater und Sohn wurde hierdurch keineswegs ein besseres und milderes. Dem Kommerzienrath bewegte das geheime Schneiden, sich seines Sohnes zu entledigen, und deshalb hatte er beschloffen, denselben zu verheirathen. Er ahnte allerdings nicht, daß er von seinem Sohne längst durchschaut war, er wagte nicht, daß es diesem gelungen

## Feuilleton.

### Dunkle Gestalten.

Erzählung aus dem sozialen Leben der Gegenwart von Karl Zelle.

[10

Der Kommerzienrath Winkler saß in seinem Privatkomtoir. Er war mit der Durchsicht der eingelaufenen Briefe beschäftigt und sinnend ruhte sein Auge auf einem eleganten Briefbogen, den er nun schon seit geraumer Zeit in der Hand hielt.

Der Kommerzienrath war ein schöner Mann. Er war groß und breitkultzig, dichtes Haar, welches erst von einigen Silberfäden durchzogen war, umrahmte seine Stirn, in Auge blickte starr und fest, und nur ein ausgesprochen anlicher Zug um seinen Mund machte sein Gesicht weniger angenehm. Er war mit außerordentlicher Sorgfalt gekleidet, er trug die neueste Mode, aber mit der ruhigen Eleganz eines Mannes in gezeigten Jahren.

„Es ist die höchste Zeit,“ sagte er leise vor sich hin, „daß ich den Schlingel, den Julius, verheirathe. Eine sündere Partie könnte ich gar nicht für ihn finden, und er blüht ja dann auch das langersehnte Glück. Wie lange ich diese Last mit mir herum, hoffentlich bin ich am Ende meiner Wünsche.“

Er stand auf und ging unruhig in seinem Komtoir auf und nieder. Wiederholte sah er nach der Uhr, er schien von einer geheimen Unruhe geplagt zu sein. Schließlich trat er seinen Schreibtisch und drückte stark auf den Knopf einer klingelnden Glocke.

Gleich darauf trat ein alter Komtoirdiener ein, der beiseiten an der Thür stehen blieb.

„Gehen Sie auf das Zimmer des jungen Herrn, Zimmermann, und sagen Sie ihm, daß ich ihn erwarte, ich habe ihm zu sprechen.“

das Wählen, resp. die Wahlaktion als gemeingefährliche Bestrebungen betrachtet werden. Man will also unter allen Umständen und mit allen Mitteln verhindern, daß die wirkliche Ueberzeugung des Volkes im Reichstage zum Ausdruck gelangt. Und weil die Reichstagsmehrheit den Sozialdemokraten, da dieselben doch ebenso gut zur Erhaltung des Staates beizusteuern müssen wie jeder andere gesunde Bürger, das Wahlrecht nicht ganz verkümmern will, so ist diese mit schuldig an der Unwirksamkeit des Sozialistengesetzes. Das ist gewiß recht lehrreich, wenigstens eine andere Ansicht von obigen Blättern auch nicht zu erwarten war. Daß das Sozialistengesetz ein schwerer Schlag war und im gewissen Sinne auch heute noch ist, dürfte von den Sozialdemokraten niemals geleugnet worden sein. Es fragt sich nur, wem es mehr geschadet hat, der sozialdemokratischen Partei als solcher oder seinen Befürwortern. Einzelnen Anhängern der Partei ist unter der Regide dieses Gesetzes Unheil genug widerfahren, daß aber der Sozialismus trotzdem große Fortschritte gemacht hat und weiter machen wird, beweisen nicht nur die 24 Vertreter im Reichstage, sondern es geht auch aus anderen Umständen hervor, die Niemandem verborgen bleiben können, der sich der Anerkennung der tatsächlichen Verhältnisse nicht gewaltsam verschließen will.

Die geschäftliche Situation des Reichstages ist eine recht eigenthümliche. Er hat jetzt nicht weniger als vierzehn Kommissionen mit weit über zweihundert Mitgliedern eingesetzt, und bislang sind erst zwei Berichte von untergeordneter Bedeutung erstattet worden. Dabei stehen zwei Vorlagen allerersten Ranges — das Branntwein-Monopol und die Verlängerung des Sozialistengesetzes — noch in Sicht, und andere Vorlagen stehen vor der ersten Lesung. Das ist die Lage zwei Monate nach Beginn der Session, deren Ende hiernach gar nicht abzusehen ist.

Einen Antrag auf Zwangsversicherung bei den provinzialen Feuer-Sozialitäten wollen die Konserverativen im Abgeordnetenhaus einbringen. Sie verlangen die Vorlegung eines Gesetzes, durch welches die Besitzer von Immobilien verpflichtet werden sollen, ausschließlich bei den öffentlichen Feuer-Sozialitäten Versicherungen zu nehmen. Eingaben in dieser Richtung sind bekanntlich wiederholt seitens der fraglichen Feuer-Sozialitäten mit der Begründung an die Regierung gelangt, daß die Privat-Feuerversicherungen, indem sie gleichzeitig Immobilien und Mobilien versicherten, die Besitzer zwingen, ausschließlich bei den Privat-Gesellschaften zu versichern. Der Reichskanzler hat schon vor einigen Jahren Verhandlungen mit den Regierungen eröffnet, über die Gründung einer großen Reichs-Versicherungsanstalt. Der Plan stieß aber damals angeblich bei dem preussischen Minister des Innern auf Widerspruch. Welche Stellung die preussische Regierung jetzt zu dieser Frage einnimmt, und ob sie es für angezeigt hält, gleichzeitig mit dem Kampf für das Spiritusmonopol auch die Verschärfung des Feuer-Versicherungswesens in Angriff zu nehmen, muß man abwarten. — Wir halten den Gedanken, eine Reichsversicherung für Immobilien sowohl als für Mobilien zu errichten, an sich für ganz richtig; die Millionen, welche den Privat-Versicherungsgesellschaften alljährlich in den Schooß fallen, könnten sicher eine bessere Verwendung finden. Ob es jedoch unter den jetzigen Verhältnissen rathsam sein würde, weitere Industriezweige zu verstaatlichen, ist eine Frage, welche schwerlich bejaht werden kann. Es ist keine Garantie vorhanden, daß die Ueberschüsse zu sozialreformatoren Zwecken Verwendung finden werden, wohl aber würde auch in diesem Falle die Schaar der abhängigen Beamten erheblich vermindert und das Budgetbewilligungsrecht weiter geschmälert werden.

Ueber die Brennerie des Fürsten Bismarck bemerkt die „Freie Pz.“ folgendes: „Während einzelne Konserverative, wie z. B. v. Kietz-Regow, sich des Branntweindrennens enthalten, weil sie den Branntwein für einen Fallstrich des Bösen ansehen, wird auf dem Festlande des Fürsten Bismarck, der Herrschaft Barzin, die Branntweindrennerei in großem Maßstabe betrieben. Vor dem Anlauf der Herrschaft Barzin wurde dort nur auf den Gütern Wendisch-Buddiger und Seelig in ganz kleinen Brennerien Branntwein durch Handbetrieb gebrannt, mit einer Produktion von vielleicht 15—20 Faß — 9000 bis 12000 Liter monatlich, aus beiden Brennerien zusammen genommen. Jetzt sind auf der Herrschaft Barzin drei Brennerien vorhanden, von denen jede einzelne monatlich 50 Faß — 30000 Liter, alle drei zusammen also bis 90000 Liter liefern können. In Barzin ist erst seit vier Jahren die Brennerie ganz neu gebaut; die beiden Brennerien in Wendisch-Buddiger und Seelig sind ganz umgebaut worden, werden mit Dampf betrieben und kann in jeder viermal abgebrannt werden.“

Zur Warnung für Auswanderer wird der „Post“ aus Hamburg folgendes mitgetheilt: Die Einwanderungsbehörden von New-York machen seit einiger Zeit, anscheinend um auf eine Beschränkung der Einwanderung hinzuwirken, von der ihnen durch die amerikanischen Gesetze eingeräumten Befugnisse, hilfsbedürftige Personen zurückzuweisen, einen Gebrauch, welcher — wie nachstehender Fall aufs Neue beweist — zu berechtigten Zweifeln darüber Anlaß bietet, was eigentlich von jenen Behörden unter Hilfsbedürftigkeit verstanden wird. Auf einem Hamburger Dampfer traf im vorigen Jahre ein Zwischendecks-Passagier im Hafen von New-York ein, welcher, mit genügenden Reisedokumenten ausgestattet, beabsichtigte Ueberfiedelung seiner

Familie sich zunächst über die dortigen Verhältnisse zu orientieren und zu diesem Zwecke nach einem Binnenstaate zu wohlhabenden Verwandten zu reisen beabsichtigte. Während der Ueberfahrt hatte er in Folge andauernder Seekrankheit sich ein Magenleiden zugezogen, welches jedoch durch ärztliche Behandlung vollständig geboben wurde, so daß bei der Ankunft in New-York der Schiffarzt seinen Gesundheitszustand, abgesehen von einer von den Anstrengungen der Seereise zurückgebliebenen Schwäche, für einen normalen erklärte. Um jedoch auch die letztere völlig zu beseitigen, ließ sich der Mann für kurze Zeit in das New-Yorker Emigranten-Hospital aufnehmen. Hieraus nahm die Einwanderungs-Kommission Veranlassung, ihm nicht nur die Erlaubniß zum Aufenthalt in Amerika zu verweigern, sondern ihn sogar mit demselben Schiffe, auf welchem er eingetroffen, auf seine Kosten in die Heimath zurückzuführen zu lassen. Motiviert wurde diese Maßregel anfänglich damit, daß er schwachmüthig sei, später damit, daß er nicht im Stande sei, für seinen Unterhalt in Amerika zu sorgen. Thatsächlich war der Rückgewiesene nach dem übereinstimmenden Urtheile des Schiffsarztes und des Kapitäns wie auch der Ärzte des gedachten Hospitals körperlich wie geistig gesund und besaß auch genügende Geldmittel, mindestens um die Reise bis zu seinen Verwandten bestreiten zu können. Nach Lage der amerikanischen Gesetzgebung war jedoch dem Manne nicht zu helfen, da die Einwanderungs-Kommission in derartigen Fällen endgiltig entscheidet und gegen ihre thatsächlichen Feststellungen auch eine Berufung an die Gerichte, wie letztere wiederholt anerkannt haben, ausgeschlossen ist. — Die „Post“ will diesen Bericht aus zuverlässiger Quelle erhalten haben, ob derselbe vollständig richtig ist, muß dahingestellt bleiben. Wir sind der Meinung, daß in diesem Falle sicher eine Bürgschaft des Verwandten genügt hätte, welche sich der Betreffende wohl, da er angeblich doch noch Mittel hatte, telegraphisch beschaffen konnte.

Neue Nachrichten aus dem deutschen Kamerungebiet brachte der vielwähnte polnische Reisende Rogozynski, welcher kürzlich nach Europa zurückkehrte. Nach seinem Berichte beträgt die Zahl der Dörfer in der bewohnten Zone (bis zu 3300 Fuß Höhe) etwa 60, doch zählt jedes Dorf in der Regel nur 4 Hütten und jedes Dorf hat einen besonderen Häuptling. Das Klima schildert R. relativ gut (?), doch ist überall Wasser spärlich. Zur Zeit bilden Palmöl- und Guttapercha die Hauptausfuhrartikel; der Weinbau R.'s zufolge liegt aber die Zukunft des Landes im Ackerbau, denn der Boden ist ungenügend fruchtbar. Der Sklavenhandel existirt in der Bergregion nicht. Der Temperaturwechsel ist nach R.'s Beobachtungen sehr stark. Ueber die Eingeborenen, deren Dialekt R. studirt hat, urtheilt derselbe nicht ungünstig. Es steht die Veröffentlichung eines Reiseberichts von Rogozynski zu erwarten. — Nach dieser erstlich noch sehr roth gefärbten Schilderung sind im ganzen Kamerungebiet also wenig mehr als 240 Hütten, welche in der Regel so gebaut sind, daß man sie mit einem starken Baumstamm bequem umstoßen kann. Wie man damit die optimistischen Ansichten über dieses Land in Einklang bringen will, ist uns unverständlich.

Der Kultusminister hat an sämtliche königliche Regierungen und Provinzial-Schulcollegien nachstehenden, vom 16. d. datirten Erlaß gerichtet:

„Das Gesetz vom 6. Juli v. J., betreffend die Pensionirung der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen, tritt mit dem 1. April 1886 in Kraft. Zwar ist auf Grund dieser Bestimmung nicht zweifelhaft, daß diejenigen Lehrer, welche erst nach dem 1. April d. J. thatsächlich in den Ruhestand treten, an den Vortheilen des Gesetzes Theil haben, auch wenn die Entscheidung, daß sie in den Ruhestand treten, vor jenem Zeitpunkt getroffen war. Dagegen erscheint es nicht ungewisshaft, ob diejenigen Lehrer, welche „zum“ oder „mit“ dem 1. April d. J. in den Ruhestand versetzt werden, auf die Benefizien des Gesetzes einen Anspruch haben, da ihre dienstliche Laufbahn mit dem 31. März 1886 abgeschlossen ist, und sie sich unter der Herrschaft des neuen Gesetzes nicht mehr in Aktivität befinden. Zur Verhütung möglicher Härten bestimme ich deshalb, daß kein Lehrer zum oder mit dem 1. April d. J. in den Ruhestand versetzt wird. Sofern die Pensionirung eines Lehrers zu diesem Zeitpunkt bereits verfügt ist, ist unter sonstiger Aufrechterhaltung der Pensionsverfügung der Eintritt in den Ruhestand auf einen Zeitpunkt nach dem 1. April d. J. hinaus zu schieben.“

Das Zentrum feierte am 17. d. M. den 75. Geburtstag des Abgeordneten Windthorst durch ein Festmahl im großen Saale des „Hotel de Rome“. Es waren gegen 200 Festgäste erschienen. Die Festredner von Frankenstein und von Schorlemer betonten die Einmütigkeit des Zentrums, welche — so wollen wir hinzufügen — voraussichtlich auch so lange anhalten wird, als der „Kulturkampf“ dauert.

Der national-liberale Abgeordnete Gärtner, seit 1875 Mitglied des Abgeordnetenhauses, dem er auch schon früher angehört hatte, ist am 18. dieses Monats in Magdeburg gestorben.

Aus Schleswig-Holstein wird gemeldet: Die Ausweisungen amerikanischer Bürger dauern fort. Nachdem vor einiger Zeit vier amerikanische Bürger von der Insel Föhr und zwei aus dem Kreise Hadersleben ausgewiesen worden waren, hat in diesen Tagen der Sohn des Landmannes

„Vielleicht, jedenfalls bin ich nicht unhöflich genug, Jemand auf mich warten zu lassen. Ich habe außerdem noch eine halbe Stunde Zeit, und ich mache mir ein ganz besonderes Vergnügen daraus, dieselbe Dir zu widmen.“

Der reiche, mächtige Fabrikbesitzer war außer sich. Die offene Verachtung der väterlichen Autorität, die ihm hier entgegengekehrt wurde, empörte ihn, und dennoch durfte er seinem Sohn nicht zeigen, wie tief er innerlich über dieses Verhalten erregt war. Er haßte seinen Sohn, das fühlte er, aber er durfte seinem Sohn keinen offenen Ausdruck geben, wenn er dem jungen Manne gegenüber sich keine Blöße geben wollte.

Er sah es freilich nicht, wie ein höhnisches Lächeln über das matte Gesicht seines Sproßlings zog, mit welcher inneren Belustigung dieser seinen Vater beobachtete, wie er glühend vor innerer Erregung auf und niederzau und vergeblich seines Unmuthes Herr zu werden suchte.

Der Sohn griff nach seinem unvermeidlichen Monokle und klemmte dasselbe in das Gesicht.

„Ich glaube, Du wolltest mir einige Mittheilungen von Wichtigkeit machen,“ begann er wieder.

„Ja,“ entgegnete sein Vater mit dumpfer Stimme, „ich wollte Dir mittheilen, daß ich es für wünschenswerth halte, daß Du bei der Frau Wilson um die Hand ihrer Tochter anhält.“

„So, weiter nichts?“

Er sagte diese Worte mit offener Ironie und sarkastischem Lächeln.

„Nun, ich meine, daß eine derartige väterliche Mittheilung für einen jungen Mann Deines Alters immerhin von einer solchen Wichtigkeit ist, daß Du sie wenigstens mit dem nöthigen Ernst entgegen nehmen könntest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

Hinrichsen zu Gienner im Kreise Apenrade eine Ausweisung erhalten, in welcher ihm die Aufgabe gemacht ist, preussische Staatsgebiete vor dem 1. Februar cr. zu verlassen. Der Ausgewiesene ist 29 Jahre alt, hat sich seit seiner 16. Lebensjahre in den Vereinigten Staaten aufgehalten, weiß seit Juni 1885 besuchsweise in der Heimath. Gienner hat den Schutz des amerikanischen Gesandten in Berlin gefunten.

Der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen am 18. d. M. vom Statthalter mit einer längeren Rede net. Bei der Wahl des Präsidiums wurden der frühere Präsident, Jean Schlumberger, sowie die Bizepräsidenten, v. Dulac (Vater) und Jaumez wiedergewählt, ebenso der Schriftführer, Charpentier.

Im bairischen Landtage brachte der ultramontane Abgeordnete Hafendrädl den Antrag ein, daß die Erlaubniß zur Aufnahme in die bairische Staatsbürgerschaft nur durch eine Prüfung der geistig oder körperlich zurückgebliebenen Personen der Prüfung ausfallen; dagegen soll der Besuch der Sonntagsschule vier Jahre dauern. — An der Sonntagsschule ist den Herren Hafendrädl und Konforten natürlich viel gelegen, weil da nur religiöse Sachen gelehrt werden können; sie denken: Was brauchen die Kinder Rechen-Schreiben, wenn sie nur richtig religiös erzogen werden. Ultramontanismus zeigt sich im bayerischen Landtage, wo die Partei das Heft in Händen hat, in seiner wahren Gestalt.

In der badischen Kammer ist von der national-liberalen Fraktion eine Interpellation eingebracht, welche folgende Wortlaut hat:

1) Welche Stellung nimmt die großherzogliche Regierung zu dem dem Bundesrath vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über das Branntweinmonopol betreffend?

2) Beabsichtigt die großherzogliche Regierung, insbesondere dem durch Art. 35 der Reichsverfassung dem Großherzogthum Baden eingeräumten Reservatrechte bezw. der Branntweinsteuer festzuhalten?

3) Wenn letzteres nicht der Fall ist, in welcher Weise gedenkt die großherzogliche Regierung die finanziellen Interessen des Landes und diejenigen der kleinen Branntweindrenner zu wahren?

4) Gedenkt die großherzogliche Regierung bezuglich Aufgebens des Reservatrechts eine die Zustimmung der Reichstagesbewegende Vorlage zu machen?

Die Interpellation ist unterschrieben von den Abgeordneten Friedrich, Frieser, v. Neubronn, Hedling, Bassermann, Hoffmann. Nach der „Frankl. Zig.“ hat eine Abordnung der Reichstagesbewegung mit dem Staatsminister wegen des Branntweinmonopols Rücksprache genommen. Dem Minister hat derselbe „empfohlen“, nicht scharf gegen das Monopol zu agitieren, und angedeutet, daß unter Umständen für Baden eine gewisse Steuerermäßigung herauszukommen, „wenn nicht das Reich größere Kosten erheischt“; daß er sich gab der Minister die „beruhigende Versicherung“, daß die Branntweindrenner aus Baden fern rekrutirt werden würden.

### Oesterreich-Ungarn.

In Brinn wurde die Nummer des „Volksfreund“, der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, vom 14. d. M. gedruckt und veröffentlicht und zwar wegen der Stelle im Reichstages-Druck der „Volksfreund“ im deutschen Reichstages-Druck. Die Urursachen des Rückganges des „Volksfreund“ in Oesterreich wurden. In einer zweiten hierauf veranlaßten Ausgabe des „Volksfreund“ wird die „Volksfreund“ immer noch wiedergegeben mit Weglassung der betreffenden Stelle.

### Spanien.

Die Regierung soll von dem geplanten Buische tagena genutzt haben. Ihre Organe überhäufen die „Buische“ behauptet, die Geschichte sei von den „Buische“ in Szene gesetzt worden; ein reicher Mann habe vor wenig Tagen 7000 Duros (4 1/2 Fr.) zu Zwecken nach Cartagena geschickt, und die Reuter-„Buische“ gerufen. Die liberalen Blätter auch noch darauf an, daß Börsenspekulanten von Paris ihre Hände im Spiele haben. Die politischen sequenzen des letzten Buisches, von dem auffallend Madrid Börsenkreise vorher Wind bekommen und gemäß entsprechend Nutzen davon hatten, dürften den lutionären Interessen nicht viel nützen. Castelar denn auch schon heftige Bannstrahlen auf die „Buische“ geschickt. Sagasta läßt durch seine Organe verkünden, denke die durch die politische Amnestie eingeleitete „Buische“ durch solche Provokationen nicht zu schließen, nach wie vor Freiheit und Ordnung auf seine Fahnen schreiben.

### Schweden und Norwegen.

Der Schwedische Reichstag ist vorgestern vom Könige einer Thronrede eröffnet worden, worin es unter anderem heißt: Die Beziehungen des Königreichs zu den auswärtigen Regierungen sind niemals günstiger gewesen. Was die wichtigeren Industrien und Gewerbe anbelangt, dieselbe, wie in anderen Ländern auch, eine weniger

Er stand langsam auf, kreuzte die Arme über dem Kopf, stellte sich dicht vor seinen Vater hin und betrachtete ihn mit überlegenem, kaltem Blick.

„Ich glaube,“ fuhr er fort, „Du giebst Dich dem Wahne hin, mich täuschen zu können. Seien wir ganz wenigstens ich will es sein. Frau Wilson ist eine ganz Dame, ihre Tochter nicht minder, sie ist aber nicht so charmant, sondern auch sehr klug. Sie hat Dir schon gesagt: „Herr Winkler, ich weiß, Sie können nicht ohne mich leben. Ich liebe Sie ebenfalls, aber ich meine Tochter noch mehr. Diese liebt merkwürdiger Ihren lächerlichen Sohn, und wenn Sie es fertig bringen, daß diese beiden jungen Leute einander heirathen, dann ist Ihnen meine Hand reichen.“ Hat sie Dir das schon gesagt?“

„Und wenn es der Fall wäre?“ fragte der Kommerzienrath erblassend.

„Es ist also der Fall,“ sagte unerbitlich der Mann. „Weißt Du, Papa, ich liebe es, zunächst in den Verhältnissen wenigstens vollständige Klarheit zu haben, ich das junge Mädchen heirathen werde, weiß ich nicht, jedenfalls eilt die Sache doch nicht so sehr.“

„Nun, ich meine, daß eine derartige väterliche Mittheilung für einen jungen Mann Deines Alters immerhin von einer solchen Wichtigkeit ist, daß Du sie wenigstens mit dem nöthigen Ernst entgegen nehmen könntest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

„Nun, ich meine, daß eine derartige väterliche Mittheilung für einen jungen Mann Deines Alters immerhin von einer solchen Wichtigkeit ist, daß Du sie wenigstens mit dem nöthigen Ernst entgegen nehmen könntest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

„Nun, ich meine, daß eine derartige väterliche Mittheilung für einen jungen Mann Deines Alters immerhin von einer solchen Wichtigkeit ist, daß Du sie wenigstens mit dem nöthigen Ernst entgegen nehmen könntest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

(Fortsetzung folgt.)

digende. V  
führung v  
stand der v  
angeklündl  
melens un  
haken Stan  
gesucht.

Nach e  
wurde solle  
einem Holl  
mit 2 Kron  
sohlen, welc  
einbrachte,  
guder liegen  
(Sorten) her  
entstehende  
Die Gesetze  
1890 in Kr  
der Kriegsm  
ordentliche  
Kopenhage

Es best  
wird, einen  
verhütet  
in Bezug a  
Vorlage ein  
vereinigter  
Unterschiede  
ausnahmswe  
wird den B  
thatsächlich  
von Irland  
regulative M  
— Zur  
hische Zeitun  
Feuern der  
blieben und  
oder sich bog  
Kriege wurde  
nach Kräften  
Sache näher  
leit der von  
Bund  
Friedrich, Frieser, v. Neubronn, Hedling, Bassermann, Hoffmann. Nach der „Frankl. Zig.“ hat eine Abordnung der Reichstagesbewegung mit dem Staatsminister wegen des Branntweinmonopols Rücksprache genommen. Dem Minister hat derselbe „empfohlen“, nicht scharf gegen das Monopol zu agitieren, und angedeutet, daß unter Umständen für Baden eine gewisse Steuerermäßigung herauszukommen, „wenn nicht das Reich größere Kosten erheischt“; daß er sich gab der Minister die „beruhigende Versicherung“, daß die Branntweindrenner aus Baden fern rekrutirt werden würden.

Die Interpellation ist unterschrieben von den Abgeordneten Friedrich, Frieser, v. Neubronn, Hedling, Bassermann, Hoffmann. Nach der „Frankl. Zig.“ hat eine Abordnung der Reichstagesbewegung mit dem Staatsminister wegen des Branntweinmonopols Rücksprache genommen. Dem Minister hat derselbe „empfohlen“, nicht scharf gegen das Monopol zu agitieren, und angedeutet, daß unter Umständen für Baden eine gewisse Steuerermäßigung herauszukommen, „wenn nicht das Reich größere Kosten erheischt“; daß er sich gab der Minister die „beruhigende Versicherung“, daß die Branntweindrenner aus Baden fern rekrutirt werden würden.

Die Interpellation ist unterschrieben von den Abgeordneten Friedrich, Frieser, v. Neubronn, Hedling, Bassermann, Hoffmann. Nach der „Frankl. Zig.“ hat eine Abordnung der Reichstagesbewegung mit dem Staatsminister wegen des Branntweinmonopols Rücksprache genommen. Dem Minister hat derselbe „empfohlen“, nicht scharf gegen das Monopol zu agitieren, und angedeutet, daß unter Umständen für Baden eine gewisse Steuerermäßigung herauszukommen, „wenn nicht das Reich größere Kosten erheischt“; daß er sich gab der Minister die „beruhigende Versicherung“, daß die Branntweindrenner aus Baden fern rekrutirt werden würden.

### Oesterreich-Ungarn.

In Brinn wurde die Nummer des „Volksfreund“, der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, vom 14. d. M. gedruckt und veröffentlicht und zwar wegen der Stelle im Reichstages-Druck der „Volksfreund“ im deutschen Reichstages-Druck. Die Urursachen des Rückganges des „Volksfreund“ in Oesterreich wurden. In einer zweiten hierauf veranlaßten Ausgabe des „Volksfreund“ wird die „Volksfreund“ immer noch wiedergegeben mit Weglassung der betreffenden Stelle.

### Spanien.

Die Regierung soll von dem geplanten Buische tagena genutzt haben. Ihre Organe überhäufen die „Buische“ behauptet, die Geschichte sei von den „Buische“ in Szene gesetzt worden; ein reicher Mann habe vor wenig Tagen 7000 Duros (4 1/2 Fr.) zu Zwecken nach Cartagena geschickt, und die Reuter-„Buische“ gerufen. Die liberalen Blätter auch noch darauf an, daß Börsenspekulanten von Paris ihre Hände im Spiele haben. Die politischen sequenzen des letzten Buisches, von dem auffallend Madrid Börsenkreise vorher Wind bekommen und gemäß entsprechend Nutzen davon hatten, dürften den lutionären Interessen nicht viel nützen. Castelar denn auch schon heftige Bannstrahlen auf die „Buische“ geschickt. Sagasta läßt durch seine Organe verkünden, denke die durch die politische Amnestie eingeleitete „Buische“ durch solche Provokationen nicht zu schließen, nach wie vor Freiheit und Ordnung auf seine Fahnen schreiben.

### Schweden und Norwegen.

Der Schwedische Reichstag ist vorgestern vom Könige einer Thronrede eröffnet worden, worin es unter anderem heißt: Die Beziehungen des Königreichs zu den auswärtigen Regierungen sind niemals günstiger gewesen. Was die wichtigeren Industrien und Gewerbe anbelangt, dieselbe, wie in anderen Ländern auch, eine weniger

Er stand langsam auf, kreuzte die Arme über dem Kopf, stellte sich dicht vor seinen Vater hin und betrachtete ihn mit überlegenem, kaltem Blick.

„Ich glaube,“ fuhr er fort, „Du giebst Dich dem Wahne hin, mich täuschen zu können. Seien wir ganz wenigstens ich will es sein. Frau Wilson ist eine ganz Dame, ihre Tochter nicht minder, sie ist aber nicht so charmant, sondern auch sehr klug. Sie hat Dir schon gesagt: „Herr Winkler, ich weiß, Sie können nicht ohne mich leben. Ich liebe Sie ebenfalls, aber ich meine Tochter noch mehr. Diese liebt merkwürdiger Ihren lächerlichen Sohn, und wenn Sie es fertig bringen, daß diese beiden jungen Leute einander heirathen, dann ist Ihnen meine Hand reichen.“ Hat sie Dir das schon gesagt?“

„Und wenn es der Fall wäre?“ fragte der Kommerzienrath erblassend.

„Es ist also der Fall,“ sagte unerbitlich der Mann. „Weißt Du, Papa, ich liebe es, zunächst in den Verhältnissen wenigstens vollständige Klarheit zu haben, ich das junge Mädchen heirathen werde, weiß ich nicht, jedenfalls eilt die Sache doch nicht so sehr.“

„Nun, ich meine, daß eine derartige väterliche Mittheilung für einen jungen Mann Deines Alters immerhin von einer solchen Wichtigkeit ist, daß Du sie wenigstens mit dem nöthigen Ernst entgegen nehmen könntest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

„Nun, ich meine, daß eine derartige väterliche Mittheilung für einen jungen Mann Deines Alters immerhin von einer solchen Wichtigkeit ist, daß Du sie wenigstens mit dem nöthigen Ernst entgegen nehmen könntest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

„Nun, ich meine, daß eine derartige väterliche Mittheilung für einen jungen Mann Deines Alters immerhin von einer solchen Wichtigkeit ist, daß Du sie wenigstens mit dem nöthigen Ernst entgegen nehmen könntest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

„Eigentlich ja, doch wie man es nehmen will. Weißt Du, ganz offen gestanden, mir gefällt das plötzliche Aufspielen Deiner väterlichen Autorität garnicht. Mir kommt es übrigens so vor, als ob Du daran auch keinen besonderen Gefallen findest.“

digende. Der Regierung seien zahlreiche Petitionen um Ein-  
führung von Schutzvölkern zugegangen, dieselben seien Gegen-  
stand der verfassungsmäßigen Erwägung. An Vorlagen werden  
angekündigt: Gesetzentwürfe über die Umbildung des Reichs-  
wappens und des Wappens; für die Fortsetzung der nörd-  
lichen Stammeseisenbahn werden die erforderlichen Mittel nach-  
gesucht.

### Dänemark.

Nach einem von der Regierung eingebrachten Gesetzent-  
wurf sollen Woll und Gerste in ungemeinem Zustande mit  
einem Zoll von 75 Ders für 100 Pfund und in gemahlenem  
mit 2 Kronen belegt werden. Ferner soll der Zoll auf Stein-  
kohlen, welcher im Durchschnitt der letzten Jahre 853 000 Kronen  
einbrachte, aufgehoben und die auf dem inländischen Röhren-  
sünder liegende Abgabe von 8 bis 10 Ders (10 für die feineren  
Sorten) herabgesetzt werden. Der dadurch für die Staatskasse  
entstehende Verlust wird auf 170 000 Kronen veranschlagt.  
Die Gesetze sollen vorläufig vom 1. April d. J. bis dahin  
1890 in Kraft sein. — Den „Gamburg. Nachr.“ zufolge hat  
der Kriegsminister den Gesetzesentwurf, betreffend die außer-  
ordentliche Bewilligung für das Landesbefestigungs- Wesen  
Kopenhagens, zurückgezogen.

### Großbritannien.

Es bestätigt sich, daß das Parlament angegangen werden  
wird, einen beträchtlichen Teil des irischen Verbrechen-  
verhütungsgesetzes zu erneuern, namentlich den Artikel  
in Bezug auf Bopcottieren. Aldann wird die Lokalregierungs-  
vorlage eingebracht werden. Dieselbe wird auf das ganze  
vereinigte Königreich Anwendung haben, mit dem einzigen  
Ausnahme, daß die Kontrolle der Polizei in Irland auf eine  
entsprechende Basis gestellt werden wird. Mr. Stanhope  
wird den Bizekönig wie den Obersekretär des alten Regime  
thatsächlich ersetzen. Der administrative Teil der Regierung  
von Irland wird sein Zentrum in Whitehall (London) und der  
exekutive Teil in Dublin haben.

— Zur Zeit des letzten Feldzuges im Sudan theilten eng-  
lische Zeitungs-Korrespondenten die Thatsache mit, daß beim Ab-  
feuern der Martini-Denry Gewehre die Kugeln im Laufe stießen  
blieben und die Bajonette beim Angriff nicht selten abbrachen  
oder sich bogen wie Propfenstiele. Neulich wie beim Reim-  
kriege wurden diese ständlichen Mängel der englischen Waffen  
nächst untersucht. Die Militärbehörden ließen jedoch die  
Sache näher untersuchen und dabei stellte sich denn die Richtig-  
keit der von den Korrespondenten behaupteten Thatsachen her-  
aus. Zunächst wurden demnach die scharfen Patronen geändert,  
indem man harte statt weiche Metallhüllen verwendete.  
Augenblicklich werden nun in Enfield und anderen Waffen-  
fabriken Versuche mit Bajonetten und Säbeln angestellt, von  
denen sich über 30 Prozent derartig bogen, daß sie für ganz  
untauglich erklärt wurden, während der Rest sehr mangelhaft  
unter Umständen und nur einige wirklich gebraucht werden konnten.  
Der Bajonett verwendete Stahl ist durchgängig so weich,  
daß er sich beim geringsten Druck biegt; die Säbel wieder sind  
so spröde, daß sie leicht brechen; die ganzen Waffen endlich  
sind nicht werth und müssen durch neue ersetzt werden. Wie  
gewöhnlich ist Niemand daran schuld. Der Fabrikant hat seine  
Bestellung nach dem ihm vorgelegten Muster ausgeführt, der  
Inspektor hat die Waffen bei der Ablieferung für gut befunden  
und John Bull (d. h. das englische Volk) hat bezahlt; der  
Soldat aber kann mit seinem Gewehr nicht schießen, mit seinem  
Bajonett nicht schießen und ist daher unter Umständen seinem  
Feinde gegenüber wehrlos. Die Armeelieferanten haben  
natürlich ihre Millionen bei der Sache eingekassiert. Unter  
solchen Umständen ist es recht begreiflich, wenn gewisse Leute  
sich immer noch einem frischen, fröhlichen Kriege lehnen.

### Amerika.

Aus Argentinien (Republik in Südamerika) schreibt  
man der „Nat. Fig.“: Es ist bekannt, daß die Regierung der  
Argentinien und besonders die Führer der verschiedenen militä-  
rischen Expeditionen, welche zur Eroberung des ehemaligen  
Indianergebietes in den letzten 5 Jahren ausgesandt  
worden, die Eingeborenen sehr hart behandelt haben. Der  
Kampf gegen einen wilden und ebenfalls erbarmungslosen  
Feind mag manches entschuldigen; in neuester Zeit haben sich  
aber Thatsachen ereignet, welche an die schlimmsten Strafen  
der spanischen Konquistadoren (Eroberer) des 16. Jahrhunderts  
erinnern und durch nichts zu rechtfertigen sind. Der Kom-  
mandant in Gran Chako hatte den Befehl erhalten, alle erreich-  
baren Indianer aufzugreifen und nach Buenos Aires zu  
bringen. Der Oberleutnant Gomenoro ließ über 200 der  
wehrlosen Indianer, darunter Weiber und Kinder, fesseln!  
Der Rest wurde an Bord des Regierungsdampfers „San  
Martin“ gebracht und dort wurden die Unglücklichen gleich  
ausgeliefert numeriert und in eine Kiste eingetagen. Am  
10. Oktober 1885 kam der „San Martin“ mit seiner Ladung  
nach Buenos Aires an, und nun entwickelte sich eine Szene,  
die nur noch in Zentral-Afrika für möglich gehalten sollte.  
Sobald nach Anbruch des Dampfers erschienen zahlreiche Personen  
in Briefen, welche ihnen vom Generalstabe der Armee aus-  
gestellt worden, wonach ihnen eine oder mehrere der „Nummern“  
der Menschenladung zu überlassen seien. Die mit der Aus-  
führung dieser Befehle betrauten Offiziere und Soldaten rissen  
an die Indianer aus den Armen ihrer Weiber und Kinder,

### Aus Kunst und Leben.

Ostend-Theater. Wegen plötzlich eingetretener Hysterie  
des Herrn Zwenger konnte gestern, Mittwoch, die angekündigte  
Premiere: „Das Loos der Armen“ nicht zur Aufführung  
gelangen. Dieselbe geht am Freitag, den 22., zum ersten Male  
in Szene.

Die Direktion des Malhalla-Theaters hat, wie der  
andauernd gesteigerte Besuch während dieser Woche beweist,  
mit der täglichen Abwechslung des Repertoires den Geschmack  
des Publikums richtig getroffen. Auch für die nächsten Tage  
haben sich die Vorstellungen und geht am Donnerstag „Don  
Juan“, am Freitag „Ramsell Angot“ und am Sonntag der  
von lange begehrte „Beldprediger“ wieder in Szene.

Velle-Alliance-Theater. Das Repertoire der Abschieds-  
vorstellungen des Herrn Direktor Theodor Vebrung ist nun  
gänzlich festgesetzt: Am Sonnabend, Sonntag und  
Montag: „Doktor Klaus“, Dienstag, Mittwoch und Donner-  
stag: „Ultimo“, Freitag, Sonnabend und Sonntag: „Der  
Sprockel“.

Koninkrijks-Theater. Bei dem am Donnerstag,  
den 21. d. Mts., stattfindenden Benefiz für Fr. Rosen kann  
das Theater durch anderweitige Proben vollauf in An-  
spruch genommen ist, der angekündigte Teil aus „Orpheus“  
ist stattfinden; die Benefizantin hat dafür den ersten Akt  
„Martha“ gewählt.

Die Operetten-Season im Velle-Alliance-Theater  
nimmt am 1. Februar (Montag) ihren definitiven Anfang.  
Die Eröffnungsvorstellung ist „Orpheus in der Unterwelt“  
„Pariser Leben“, das jugendlichste und heitere Stück im  
Reich der „Follies“, in Aussicht genommen. Diese Vorstellung  
spricht ein erhöhtes Interesse dadurch zu erlangen, daß sie  
den neuen Mitgliedern Gelegenheit zum Debut geben wird.  
Parallel mit diesen Vorbereitungen laufen die Proben zum  
„Armerbaron“, welcher in der ersten Februarwoche in Szene  
geführt; bis dahin bleibt „Nafaela“ auf dem Repertoire.

Zahl und Verbreitung der Katholiken auf der Erde.  
Dr. J. D. Werner hat die Zahl und die Verbreitung der

Kinder aus den Armen der vollen Verzweiflung weinenden und  
schreienden Mütter und vertheilt so die bezeichneten Num-  
mern nach den Bestimmungen ihrer Borgefegten! Solche Thaten  
bildet, ja begehrt die Regierung eines Staates, welcher stets  
von den Fortschritten der Zivilisation redet und schreibt und  
sich selbst unter die zivilisirten rechnet. — Die oben angeführten  
empörenden Barbareien kamen am 3. November 1885 in der  
Deputiertenkammer zur Sprache und wurden sie in den schärfsten  
Ausdrücken getadelt. Der Kriegsminister versuchte seine Unter-  
gebenen zu entschuldigen, mußte aber die Thatsache der Rume-  
rierung und gewaltsamen Vertreibung der unglücklichen Ein-  
geborenen zugeben. Er versprach Untersuchung und Bestrafung.  
Es ist im Interesse der Argentinier zu wünschen, daß diese Be-  
strafung eine recht schnelle und strenge sei.

### Lokales.

g. Zu den großen Aufgaben, welche die städtische  
Zentral-Markthalle in der Neuen Friedrichstraße für einen  
geordneten Marktverkehr zu erfüllen haben wird, gehört in erster  
Reihe eine sorgfältige, exakte und schnelle Ausführung des  
Ueberrahmedienstes, d. h. die Prüfung der Begleitpapiere, die  
Prüfung des angekommenen Gutes und die rechtzeitige etwaige  
Protesterhebung etc. Nach eingehender Erwägung ist der  
Magistrat dahin gekommen, daß es unumgänglich erforderlich  
ist, diesen Ueberrahmedienst für sich allein zu behandeln und  
einer besonders qualifizierten Persönlichkeit zu übertragen. Zahl-  
reiche Gesuche von Eisenbahnbediensteten, welche zum Theil  
noch im k. k. Eisenbahndienst stehen und in erheblicher Zahl  
gute Qualifikationsnachweise beigebracht haben, liegen bereits  
vor. Aber auch andererseits ist der Magistrat im Besitze von  
Bewerbungen solcher Personen, welche das Expeditionsfach hier  
in Berlin mit allen den Einzelheiten des Ueberrahme- und  
Abnahmeendienstes aus praktischer Erfahrung kennen. Bei der  
Alternativen, ob an die Spitze des Ueberrahme- (Markthallen-)  
Amtes eine in der Beamten- oder in der kaufmännischen Kauf-  
bahn stehende Persönlichkeit gestellt werden soll, hat sich der  
Magistrat — ohne hierbei schon eine individuell bestimmte  
Persönlichkeit in das Auge gefaßt zu haben — für eine im  
kaufmännischen Expeditionsfach stehende Persönlichkeit ent-  
schieden. Sehr oft wohnt kaufmännisch erfahrenen  
Männern, so heißt es in den bezüglichen Erläute-  
rungen des Magistrats, mehr Anpassungsfähigkeit an aktuelle  
Verhältnisse bei, als Personen des Beamtenstandes; der  
Umfang der positiven Rechts- und Verwaltungsvorschriften,  
deren notwendige Kenntniss hierbei in Betracht kommt und  
erforderlich sein möchte, ist nicht so erheblich, daß — hierfür  
spricht die Erfahrung — ein tüchtiger, in der Expeditions-  
branche erfahrener Kaufmann solche sich nicht zu eigen machen  
könnte. Der Magistrat hat sich sonach für die auch hier  
provisorisch und gegen dreimonatliche Kündigung erfolgende  
Besetzung der Stelle eines Verwalters des Markthallen-Amtes  
in der Eisenbahn-Expedition für einen im Expeditionswesen  
besonders erfahrenen Kaufmann, welchem eine monatliche Re-  
muneration von 400 Mark zu gewähren sein würde, entschieden.  
Fast die gleiche Wichtigkeit, wie der Ueberrahmedienst, welcher  
also ausschließlich in städtischen Händen verbleibt, hat der  
Transport des übernommenen Gutes, sei es an die Zentral-  
halle, sei es in eine Detailhalle, sei es an andere Punkte der  
Stadt. Je zuverlässiger der Ueberrahmedienst sich gestaltet,  
und je mehr Vertrauen eine rasche, sorgsame, die Güter  
schonend und ehrlich behandelnde Ausladung und Fortschaffung  
sich im Lande erwirkt, um so rascher werden sich, sofern auch  
die kgl. Eisenbahnverwaltung ihre Unterstützung gewährt, die  
Zufuhren zu den Markthallen heben. Der Magistrat glaubt,  
was diesen Punkt des Expeditionsdienstes nach geschäpener  
Ueberrahme angeht, auch hier am vortheilhaftesten zu handeln,  
wenn er an Bestehendes anknüpft, das berechtigte Bestehende  
auch als berechtigt im Rahmen der neuen Einrichtung anzu-  
erkennen. Dies hat den Magistrat dahin geführt, zunächst  
negativ festzustellen, daß der Expeditionsdienst, worunter auch  
der Transport angekommenen und übernommenen Gutes in  
einem Stand der Zentralhalle zu verstehen ist, nicht in eigene  
Verwaltung zu nehmen, sondern denselben mittelst eines be-  
sonders abzuschließenden künftigen Vertrags derjenigen  
Expeditionsfirma zu übertragen, welche die zuverlässigste erscheint  
und das beste Gebot macht.

Eine an den Ring des Polykrates erinnernde Ge-  
schichte, die gewöhnlich nur in der „Sauregutzeit“ zu  
graffieren pflegt, sich aber außerdem noch dadurch auszeichnet,  
daß sie nicht „erfunden“ ist. Am vergangenen Montag war,  
wie die „Allg. Fleischh.-Ztg.“ mittheilt, einer der Gesellen des  
Engros-Schlächtermeysters Emil Griefe, Landberger-Allee 133,  
damit beschäftigt, ein Kalb zu schlachten. Als er den Magen  
des Thieres von seinem Inhalt entleerte, hielt er plötzlich etwas  
Rundes, Plantes zwischen den Fingern, das sich bei näherer  
Betrachtung als ein echter, aus Dulatengolde angefertigter,  
schwerer Trauring erwies. Derselbe trägt im Innern die  
Initialen M. R. 1853. Herr Griefe theilt uns mit, daß  
das Kalb von einem in Hinterpommern wohnenden Handels-  
mann Namens Rudolf Jordan gekauft ist, dessen Wohnort er  
leider nicht angeben weiß. Er hofft, daß diese Notiz, die  
ihren Weg auch durch die Tagespresse nehmen wird, dazu be-  
tragen wird, den Verlierer des Eheschmucks ausfindig zu machen.  
Derjenige, der Anspruch auf den Ring zu haben vermeint,

Katholiken auf der Erde zusammengestellt und folgende Zahlen  
ermittelt:

Europa	153 833 000	Katholiken oder 47,2 pSt.
Afrika	9 232 000	„ „ 1,1 „
Asien	2 642 000	„ „ 1,2 „
Amerika	51 033 000	„ „ 50,0 „
Australien und Polynesien	672 000	„ „ 15,6 „

Die ganze Erde 217 412 790 Katholiken oder 15,0 pSt. d. gesamt.  
Menschheit.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die katholische Kirche  
noch weit entfernt ist, der Bedeutung ihres Namens zu ent-  
sprechen und eine „allgemeine“ zu sein. Für die verschiedenen  
Theile der Kontinente stellt sich das Verhältnis der Katholiken  
zu den Nichtkatholiken in abweichender Weise. Europa, das  
die größte Hälfte aller Katholiken umfaßt, ist bekanntlich in  
seinem Süden und Westen dem römischen Stuhle unterthan.  
Herr D. Werner hat für die einzelnen Länder unseres Erd-  
theils auf Grundlage zuverlässiger Quellen folgende Zahlen  
aufgestellt: Italien 28 393 000, Spanien 16 870 000, Portugal  
4 306 554, Frankreich 36 400 000, Belgien 5 502 000, Holland  
1 439 137, Ungarn 203 623, Deutschland 16 231 724, Oester-  
reich-Ungarn 29 582 008, Schweiz und Västmanland 1 169 906,  
europa. Rußland 2 832 991, Polen 4 572 958, Dänemark,  
Schweden, Norwegen 4 312, Großbritannien 5 784 878, Balkan-  
halbinsel 490 000.

Diese Zahlen geben aber für sich genommen kein anschauliches  
Bild von dem Verhältnis der Katholiken zu den Nichtkatholiken;  
dies gewinnt man erst durch Berechnung der entsprechenden  
Prozentsätze. Ordnet man diese in übersichtlicher Weise, so erhält  
man die folgende interessante Reihenfolge: Portugal hat  
99,99, Spanien 99,8, Italien 99,6, Belgien 99,6, Frankreich  
96,5, Oesterreich-Ungarn 78,6, Irland 76,7, Schweiz 41,0,  
Deutsches Reich 35,9, Holland 35,7, England und Schottland  
5,0, Rußland mit Finnland 3,7, Balkanhalbinsel 2,8, Däne-  
mark 0,15, Norwegen 0,02, Schweden 0,01 pSt. Katholiken.

Die Vertheilung der katholischen Konfession in Europa  
spiegelt sich nun in ihrer geographischen Verbreitung über die  
anderen Erdtheile auf das getreueste wieder, insofern nämlich,  
als überall da, wo katholische Europäer Bestellungen hatten oder

möge sich an die Redaktion der „Allgemeinen Fleischh.-Ztg.“  
Berlin SW, Lindenstr. 43, wenden.

R. Wie man sich Zähne verschafft. Zu einem Zahn-  
techniker in der Bellealliancestraße kam am Freitag voriger  
Woche ein junges, hübsches Mädchen und bestellte ein  
„Gebiß“ für sich und leistete eine Anzahlung von drei Mark  
mit dem Abkommer, bei Abholung des Gebisses den Rest zu  
zahlen. Der Techniker ging darauf ein und bestellte die junge  
Dame zum Mittwoch Vormittag wieder zu sich, um das Be-  
treffende in Empfang zu nehmen. Die junge Dame erschien  
auch pünktlich und, nachdem sie das Gebiß „angelegt“, griff sie  
in die Kasse, aus der sie ein Portemonnaie hervorholte. In  
diesem Augenblick aber wurde der Techniker abgerufen, was  
die schlaue „zahnlose“ Dame benutzte, um zu verschwinden.  
Als bald darauf der Zahnarzt in das Zimmer zurückkehrte,  
sah er auf dem Tisch einen Beutel und darauf die mit Blei-  
stift flüchtig hingeworfenen Zeilen: „Komme gleich wieder,  
habe nur einen notwendigen Weg zu machen!“ Neben diesem  
Beutel lag, jedenfalls um zu täuschen — ein leeres, unschein-  
bares Portemonnaie.

Ein gefährlicher Pferdedieb ist der vielfach vorbestrafte  
Zuchthäusler Krenel aus Berlin. Von seiner Geschicklichkeit  
und Dreistigkeit zeugt folgendes Stücklein, das die „Kidd. Fig.“  
erzählt. Am letzten Donnerstag meldete sich ein Herr, etwa  
30 Jahre alt, bei dem Fuhrwerksbesitzer Semmwalde in Dresden  
und bestellte für den „Oberleutnant Friedrich“ von den Bionieren  
dieselbst einen eleganten Schlitten zur Ausfahrt nach Radeberg.  
Büchlich hielt das Gebiß auch vor der Kasserne und heroor-  
tarr ein Mann, der den Kutscher schneidig anherrichte: „Ist  
das Fuhrwerk für den Oberleutnant Friedrich?“ „Ja wohl“,  
ward ihm zur Antwort und der Herr „Oberleutnant Friedrich“  
ward sich in das im feinsten Stil gehaltene Rubenschen des  
eleganten Schlittens, sich in eine ihm zur Verfügung gestellte  
Bekleidung einhüllend. Eine kurze Strecke waren sie gefahren,  
als der Herr „Oberleutnant“ den Kutscher halten ließ und ihm  
mittheilte, daß sein Bedienter vergessen, ihm einen Korb mit  
Wein mitzugeben; der Fuhrmann ließ ihn zu Fuß den Weg  
zurücklegen, um gemeinsam mit dem Bedienten den Wein zu  
holen. Kaum hatte sich der Kutscher entfernt, als der „Herr  
Oberleutnant“ mit dem Gebiß davonjagte. Auf Anzeig bei  
der Dresdener Polizei wurde der Dieb alsbald verfolgt. Es  
wurde festgestellt, daß er wegen Mangels an Schnee in Rinde-  
bock bei Ludau den Schlitten gegen einen kleinen Wagen un-  
getauscht hatte. In Jossen jedoch verschwand jede Spur. Der  
Besatzene begab sich nunmehr nach Berlin und durchforschte  
besonders die Umorte. Da bemerke er denn am Sonntag  
Vormittag in der Berlinerstraße in Rüdof an einem Wagen  
eine Fuhrkutsche, die er trotz der veränderten Aufsätze als die  
seinige erkannte. Die Inhaber des Gebisses, Krenel und  
dessen Stiefvater Bormeller, wurden alsbald verhaftet und ge-  
standen nach kurzem Zeugnen den Diebstahl ein. Auch das  
zweite Pferd wurde aufgefunden und seinem Eigenthümer zu-  
gestellt. Schlitten und Pferde hatten zusammen einen Werth  
von 4000 Mark.

R. Abgefahrt. Am Donnerstag voriger Woche, Nachmit-  
tag, engagierte eine elegant gekleidete Dame an der Ecke der  
Markgrafen- und Leipzigerstraße einen Droschkentreiber 1. Klasse  
mit dem Bemerkten, auf Zeit zu fahren, da sie viele Befor-  
gungen habe. Die Fahrt ging zur Potsdamerstraße, Altdor-  
ferstraße, Könnigsgrabenstraße und nach verschiedenen anderen  
Straßen, bis zuletzt in der 6. Stunde in der Könnigsgraben-  
straße gemacht wurde. Hier hat die Dame den Kutscher, nur einen  
Augenblick zu warten und sie alsdann nach ihrer in der Mark-  
grafenstraße belegenen Wohnung zurückzuführen. Vergeblich  
wartete der vertrauensvolle Koffelkutscher auf die Rückkehr der  
„seiner Kundin“, dieselbe blieb aus und war durch den zweiten  
Ausgang des Hauses nach der neuen Jakobstraße verschwunden.  
Am Dienstag nun hielt der Kutscher mit seinem Wagen auf  
dem Alexanderplatz und — einherstolz kam die ihm durchge-  
brannte „seine Dame“. — Mit schnellerm Sprung war er von  
seinem Sitz herunter und an der Seite seiner „Kundin“. Auf  
Aufforderung und Auseinandersetzung des Kutschers, zu zahlen,  
erfolgte erst ein verächtliches Achselzucken, dann enträstete ver-  
weisende Worte der Dame, aber vergeblich, der Kutscher hatte  
seine Durchgängerin zu gut erkannt und drohte mit der Polizei,  
das half endlich, denn die Dame — sah ihren „Irthum“ ein,  
entschuldigte sich ganz naiv mit Vergeßlichkeit und mußte schwe-  
ren Seufzers netto sieben Mark bezahlen. Unter dem Ge-  
lächter der angesammelten Passanten verschwand die Abgefahrene  
schleunigst aus dem Bereich ihres fleißigbewachten, energischen  
Waghens.

Gemäß den Veröffentlichungen des Kaiserlichen  
Gesundheitsamts sind in der Zeit vom 3. bis 9. Januar  
1886 von je 1000 Bewohnern, auf den Jahresdurchschnitt be-  
rechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 23,5, in Breslau 21,6,  
in Königsberg 33,1, in Köln 28,4, in Frankfurt a. M. 21,4,  
Weißbaden 18,8, in Hannover 26,0, in Kassel 21,9, in Magde-  
burg 24,6, in Stettin 24,7, in Altona 21,4, in Stralsburg  
19,9, in Reg. 17,4, in München 25,0, in Nürnberg 20,9,  
in Augsburg 23,7, in Dresden 23,6, in Leipzig 22,0, in Stutt-  
gart 23,8, in Karlsruhe 12,8, in Braunschweig 26,9, in Ham-  
burg 29,6, in Wien —, in Budapest 30,3, in Prag 33,6, in  
in Triest —, in Krakau 18,4, in Basel 23,1, in Brüssel 28,7,  
in Amsterdam 28,0, in Paris 26,1, in London 22,4, in Glas-  
gow 28,8, in Liverpool 24,2, in Dublin 28,8, in Coburg

nach haben, die alleinstigmachende Kirche in ähnlichen Pro-  
zentsätzen wie in Europa das Terrain beherrscht.

Demgemäß findet man in Asien die größte Hälfte aller  
asiatischen Katholiken auf den Philippinen mit 5 502 000 oder  
97,6 pSt. der Gesamtbevölkerung; die kleinere Hälfte ver-  
theilt sich auf Ostindien mit 1 659 450, China mit 1 115 661,  
die asiatische Türkei mit 554 380 und das übrige Asien mit  
400 915 Katholiken. Etwas anders ist der Zustand der katholi-  
schen Kirche in Afrika; hier leben zwar auch beinahe die Hälfte  
aller katholischen Afrikaner in den portugiesischen Besitzungen  
an der Westküste mit 1 000 000; 796 000 auf den westafrikanis-  
chen Inseln 382 000 in Alger und 270 000 auf den Maskar-  
enen, aber die katholische Lehre hat sich nicht mit gleicher  
Intensität über die Eingeborenen verbreitet wie auf den  
Philippinen; in Angola, Benguda und Mossamedes gehört  
ihre nämlich nur der neunte Teil der Gesamtbevölkerung an;  
ein noch ungünstigeres Verhältnis findet in Alger statt. Im  
Uebrigen ist die Ausbreitung des Katholizismus in Afrika allge-  
meiner als in Asien, denn es ist kein größeres Gebiet an der  
Küste vorhanden, das nicht eine Anzahl Befekner aufzuweisen  
hätte. Daß die katholischen Missionare wie die nichtkatholischen  
den Entdeckungsgreisenden und Kaufleuten auch in das Innere  
folgen, ist eine bekannte Thatsache. Entsprechend der geschicht-  
lichen Entwicklung sind Mittel- und Südamerika nahezu gan-  
z der katholischen Kirche unterthan; in Südamerika zählt sie  
27 268 000 Anhänger, welche 94,7 pSt. der Gesamtbevölkerung  
ausmachen; in Zentralamerika und Westindien gehören ihr  
15 329 000 oder 91,1 pSt. der gesammten Bevölkerung an.  
Hier zeigt sich aber schon der Einfluß der protestantischen Eng-  
länder. Noch kräftiger kommt dieser in den Vereinigten  
Staaten zum Ausdruck, wo im Jahre 1884 nach Angabe von  
Sablier's Directory 6 623 178 Katholiken lebten. Sie reprä-  
sentiren 11,5 pSt. der Gesamtbevölkerung und rekrutiren sich  
hauptsächlich aus der irischen Einwanderung. Das britisch-  
Nordamerika hatte mit Einschluß der französischen Inseln St.  
Pierre und Miquelon im Jahre 1881 die beträchtliche Zahl  
von 1 791 982 Katholiken oder 41,4 pSt. aufzuweisen. Dieser  
für eine britische Bestzung hohe Prozentsatz erklärt sich  
aus der bekannten Thatsache, daß Kanada, der bevölkerungs-  
reichste Theil des britischen Nordamerika, von den Franzosen kolonisiert  
worden ist.

16,4, in Kopenhagen 21,9, in Stockholm 25,5, in Christiania 16,3, in Petersburg 28,1, in Warschau 31,8, in Odessa 32,9, in Rom —, in Turin —, in Putaref —, in Madrid —, in Alexandrien —. In der Zeit vom 12. bis 18. Debr. a. pr. in New-York 23,5, in Philadelphia 19,8, in Baltimore 14,4, in San-Franzisko 22,2, in Kolluta —, in Bombay 25,6, in Madras 38,6. Der Gesundheitszustand in den meisten Großstädten Europas, namentlich in den deutschen und englischen, war in der Berichtswache im Allgemeinen ein etwas günstigerer als der vorhergegangenen Woche. Insbesondere meldeten die mittel- und norddeutschen Städte meist kleinere, die süddeutschen dagegen vielfach etwas größere Sterblichkeitsziffern. Gelegentlich war ziemlich allgemein das Vorkommen von akuten Entzündungen der Athmungsorgane, zumeist wohl hervorgerufen durch den fast ununterbrochen in der zweiten Wochenhälfte eingetretenen Witterungswechsel. Seltener wurden dagegen Todesfälle an Darmkatarrhen und Brechdurchfällen der Kinder gemeldet, so daß die Theilnahme des Säuglingsalters an der Sterblichkeit im Ganzen ein wenig kleiner wurde. Von 10 000 Lebenden starben auf Jahr berechnet in Berlin 68, in München 30 Kinder unter 1 Jahr.

Von den Infektionskrankheiten veranlaßt in den Berichtsstädten Masern, Diphtherie und Pocken weniger, typhöse Fieber und Keuchhusten etwas mehr, Scharlach und Kindbettfieber fast die gleiche Zahl von Todesfällen wie in der vorhergegangenen Woche. Masern zeigen nur in Amsterdam und St. Petersburg eine Steigerung der Todesfälle, während in Barmen, Berlin, Braunschweig, Bremen, Danzig, Dresden, Duisburg, Freiburg i. B., Königsberg, Magdeburg, Budapest, London, Liverpool, Paris die Zahl der Todesfälle zum Theil sehr erheblich abgenommen hat. — Das Scharlachfieber rief in Hamburg, Hannover, Paris, St. Petersburg mehr, in Altona, Berlin, Christiania weniger Todesfälle hervor. — Die Sterblichkeit an Diphtherie und Krup war in Berlin, Breslau, Danzig, Dresden, Halle, München, Nürnberg, Stettin, Stuttgart, Amsterdam, Budapest, Prag, St. Petersburg keine kleinere, sondern sogar eine etwas gesteigerte, während dagegen in Altona, Barmen, Braunschweig, Bremen, Frankfurt a. D., Hamburg, Königsberg, Christiania, London, Paris, Warschau die Sterblichkeit eine geringere wurde. — Typhöse Fieber forderten in Berlin, Hamburg und St. Petersburg mehr, in London und Paris weniger Opfer. Aus Nagen und St. Petersburg wurde je 1 Todesfall an Flecktyphus, aus St. Petersburg noch 3, aus Stockholm 2 Erkrankungen daran mitgetheilt. — Erkrankungen an rosenartigen Entzündungen des Zellgewebes der Haut wurden in etwas größerer Zahl aus Berlin, Nürnberg, London, Kopenhagen gemeldet. — Der Keuchhusten wurde in Berlin, Amsterdam, Paris, London, Glasgow häufiger Todesveranlassung, auch in Hamburg stieg die Zahl der Erkrankungen, in Dublin nahm die Zahl der Todesfälle ab. — Pocken riefen in München, Jülich, Brüssel einzelne, in Liverpool, St. Petersburg, Odessa, Prag, Paris, Warschau mehrere Todesfälle hervor. In Budapest stieg die Zahl der letzteren auf 10. Einzelne Erkrankungen an Pocken wurden aus Breslau, London, Göttingen, mehrere aus St. Petersburg, 50 aus Budapest berichtet. — In Triest waren bis zum 5. Januar ca. eine weitere Erkrankung an Cholera vorgekommen. Aus Italien, Spanien und Frankreich liegen weitere Mittheilungen über Cholera nicht vor. — In Nagasaki (Japan) ist die Cholera, amtl. Mittheilungen zu Folge, erloschen und sind die Quarantäne-Vorschriften von Volk für Schiffe aus jenen Häfen aufgehoben. Dagegen unterliegen Schiffe, welche die Häfen des Ozean, resp. Ozean angelaufen haben, noch weiterhin jenen Quarantäne-Bestimmungen.

**Polizei-Bericht.** Am 19. d. M. Nachmittags glitt ein 6 Jahre alter Knabe beim Spielen auf dem Straßendamm an der Ecke der Wiener- und Forsterstraße auf einer Eisfläche aus und brach den linken Unterschenkel. — Zu derselben Zeit wurde ein 6 Jahre alter Knabe vor dem Hause Bergmannstraße 93 von einem Bierwagen überfahren. Er erlitt bedeutende Quetschungen an der rechten Seite des Körpers. — An demselben Tage, Nachmittags, fiel der Rutscher Kett in der Invalidenstr. an der Ecke der Lehrterstraße, während der Fahrt von seinem beladenen Arbeitswagen, wurde überfahren und erlitt eine bedeutende Quetschung des linken Fußes, so daß er mittelst Droschke nach der Charité gebracht werden mußte. — Am Abend desselben Tages gab ein Gardinenbrand im Hause Potsdamerstraße 73 und ein bedeutendes Feuer auf dem Grundstück Wallstraße 35, wo in einer im Lauergebäude belegenen Schlafkammer Möbel in Brand gerathen waren, Anlaß zur Alarmierung der Feuerwehr. Dasselbe war an beiden Orten nur kurze Zeit in Thätigkeit. — Am 20. d. Mts., Morgens, versuchte ein etwa 25 Jahre alter Mann im Thiergarten in der Nähe des Goldschmiedes sich durch einen Schuß in den Kopf das Leben zu nehmen. Derselbe wurde schwer verletzt, jedoch noch lebend nach der Charité gebracht.

## Gerichts-Zeitung.

Frau Professor Richter hatte heute in einer Strafsache gegen ihren Rutscher August Häbner, welcher angeklagt war, durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung des 82 Jahre alten Oberstleutenants a. D., Landes-Stallmeisters v. Rode, herbeigeführt zu haben, vor der ersten Strafkammer hiesigen Landgerichts I Reugnis abzulegen. Am Abend des 16. Oktober v. J. ging der alte Herr, in der Meinung, daß die Potsdamer Brücke gerade vom Fuhrwerk frei war, schräg über dieselbe hinüber, um sich nach der Matthäikirchstraße zu begeben, als er plötzlich von dem Scheerbaum eines plötzlich hinter ihm auftauchenden Wagens mit Gummirädern angefahren und zu Boden geschleudert wurde. Er erlitt dabei Verletzungen am linken Arm, an deren Heilung er vier Wochen lang laborirte. Der Angeklagte behauptet, im Schritt gefahren zu sein; der Ueberfahrene sei einer entgegenkommenden Droschke ausgewichen und auf diese Weise vor sein Pferd gerathen, welches er auf der Stelle parirt habe, sonst wäre der alte Herr unrettbar überfahren worden. Diese Angaben werden unterstützt durch die Aussagen der Frau Professor Richter und des dienhabenden Schuhmanns. Herr v. R. verblieb aber dabei, daß der Angeklagte im scharfen Trabe gefahren sein müsse, da die Brücke ganz leer gewesen sei und er sich kurz zuvor nach allen Seiten umgesehen habe. Der Staatsanwalt erachtete die Aussage dieses Zeugen für maßgebend und beantragte 50 M., wo hingegen sich Rechtsanwalt v. Thielemann vergebens bemühte, klar zu machen, daß der Ueberfahrene derartig beschleunigt gewesen sein wird, daß er über die Situation getäuscht worden sei. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts.

## Vereine und Versammlungen.

Der Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Fabrik- und Handarbeiter hielt am Sonntag, den 17. Januar, eine sehr gut besuchte Versammlung im Lokale des Herrn Rebellens, Langestr. 108, ab, mit der Tagesordnung: Vortrag des Herrn Stadts. Mitau über „Wort und Tath der Arbeiter.“ Vierteljahrsabrechnung. Verschiedenes. In seinem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage wies Referent zunächst darauf hin, daß der Verein vor Allem bestrebt sein müsse, sich von dem Druck nicht nur in materieller, sondern auch in geistiger Beziehung zu befreien. Der geistig gewedete Mann mache es sich von selbst zur Pflicht, für seine materielle Besserstellung zu sorgen. Biblische Geschichte und bezüglichen Wärd in unseren Schulen genug gelehrt, während gerade dasjenige, was der Arbeiter am allernothwendigsten

braucht, wie Rechtspflege, Verfassungskunde, Gesundheitslehre u. s. w. zurückgelassen wird. Hier sollten die Gewerkschafts-Vereinigungen sowie wie möglich nachzuhelfen suchen. Kenntlich von der Beschaffenheit seines Körpers sollte jeder Arbeiter haben, dann würde er erst einsehen, wie verwerflich er mit seinem Kapital, mit seiner Arbeitskraft umgeht. Redner wies nunmehr auf die harten Lohnkämpfe hin, die schon im Mittelalter stattgefunden. In dem heutigen Wirtschaftssystem seien die Verhältnisse anders gestaltet, man müsse sein Hauptaugenmerk auf die Sonntags- und Ueberstundenarbeit richten, denn diese seien mit die bedeutendsten Uebel; es würden durch dieselben tausende von fleißigen Arbeitern auf die Landstraße geworfen und dort als Vagabonden behandelt. Redner appellirte sodann an die anwesenden Gäste, sich in den Verein aufnehmen zu lassen, und ihre freie Zeit nicht in Rauchtclubs und sonstigen Vergnügungsvereinen zuzubringen. In der Diskussion wies Herr Jubel besonders darauf hin, daß es leider noch so sehr viel Arbeiter gebe, welche nicht einmal die Frühstücks- und Mittagspause in den Werkstätten u. innehielten und dadurch nicht nur ihren Mitmenschen bedeutenden Schaden zufügten, sondern auch ihren Familien, durch den zu frühen Verbrauch ihrer Arbeitskraft. Herr Paulkat bemerkte, daß es noch sehr viele Arbeiter gäbe, welche glauben, wenn sie sich einer Organisation anschließen, könnten sie in „Verdacht“ kommen. Es sei dies jedoch ein großer Fehler. Als Herr Jubel ausführte: die Arbeiter hätten nicht zu bitten, sondern zu fordern, sie sollten die scharfe Furcht beseitigen, der Verein habe mit dem bekannten Gesetz nichts zu schaffen, erklärte der überwachende Beamte die Versammlung auf Grund des § 9 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 für aufgelöst.

In der letzten Versammlung des Fachvereins der Drechsler, Knochenschnitz- und Berufsgenossen, welche bei Saeger, Grüner Weg 29, stattfand, erstattete der Kassirer den Kassenericht. Derselbe ergab mit dem Bestand vom 1. Oktober eine Einnahme von 192,67 M. und eine Ausgabe von 88,44 M., bleibt ein Kassenerbestand von 94,23 M. Nachdem der Vorsitzende Herr Hildebrandt über die Thätigkeit des Vorstandes berichtete, in welchem er besonders das erfreuliche Anwachsen des Vereins an Mitgliedern hervorhob (der Verein zählt zur Zeit über 300 Mitglieder), wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt zu Vorsitzenden die Herren Schrader 1. und Hildebrandt 2.; zu Kassirern die Herren Rösch 1. und Adge 2.; zu Schriftführern die Herren Behr 1. und Weigand 2.; zu Beisitzern die Herren Pöhl, Krüger und Fleischer; zu Revisoren die Herren Kiehl, Kleiner und Böhm. Nach erledigung von inneren Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf das fernere Gedeihen des Vereins.

Die streikenden Handschuhmacher hielten am Sonntag Vormittag im „Unioverium“, Brunnenstraße 29 eine öffentliche Versammlung ab. Das Referat übernahm nach satzungsmäßiger Bureauwahl Herr Wosner. Derselbe giebt in längerer Rede ein Bild der Lohnbewegung und zeigt, wie die Handschuhmacher durch die Intoleranz der Fabrikanten zu dem jetzigen Streik gezwungen seien. Die Fabrikanten, die den am 1. November v. J. aufgestellten Lohnsatz für gerecht anerkannt und denselben für die Dauer von 3 Monaten vorläufig bewilligten, hätten sich, wie Redner betonte, nicht geschert, nach 6-8 Wochen ihr Wort zu brechen, trotzdem, wie ihnen für die Fortdauer des Tarifs versprochen war, die Handschuhmacher in anderen Städten, wie Altona, Weimar, Lübeck, Hannover u. s. w. ebenfalls mit einer Lohnerböschung vorgegangen sind. Der Mitthaber einer größeren Firma habe im November versichert, er betrachte seine Arbeiter als seine Freunde, als seine Kinder, deren Glend ihm nahe gebe, er sei selbst weiter nichts als Arbeiter u. s. w. — Jetzt bestände sich diese Firma an der Spitze derjenigen, welche die satzungsmäßige Lohnerböschung nicht zahlen wollen und da ihre Arbeiter nicht gewillt sind, sich für das Wohlergehen der Arbeitgeber aufzuopfern, so gingen die Herren Fabrikanten zu andern Fabrikanten und bieten ihre Aufträge an, allerdings ohne Erfolg. Leider befänden sich auch unter den Arbeitern Einzelne, die das Vorgehen der Fabrikanten durch Fortsetzung der Arbeit unterstützen. Als sie im November v. J. von der Durchführung der Lohnerböschung überzeugt waren, führten sie das große Wort und traten den Fabrikanten scheinbar energisch entgegen; doch jetzt, wo es sich darum handelt, das Ertrugene zu erhalten, ziehen sich diese Kollegen zurück. Im Laufe der Diskussion waren sämmtliche Redner mit dem Vorgehen der Lohnkommission einverstanden und erklärte letztere noch, daß sie auch die Sympathien der übrigen Arbeiter Berlins für das Vorgehen der Kollegen gewonnen hätte. Schon von vielen Seiten, u. A. von den Maurern, Steinträgern, Schirmmachern, Weigergern, Hutmachern u. s. w. seien namhafte Unterstüßungen eingegangen und wurde fernere Beihilfe bestimmt zugesagt. Vielfach wurde angenommen, die Handschuhmacher hätten einen schlechten Zeitpunkt gewählt zur Lohnbewegung, es sei dies aber ein Irrthum, das Ennos- und Export-Geschäft sei jetzt, wie von mehreren Rednern erklärt wurde, ein ganz bedeutendes. Es wurde noch eine Fabrik genannt, die stets die niedrigsten Sänftillöhne zahlt und die auch noch außerhalb eine Filiale besitzt. Es sei schon immer und jetzt hauptsächlich das Bestreben der Arbeiter gewesen, die dort beschäfftigten Kollegen zur Theilnahme an der zeitgemäßen Lohnerböschung zu bewegen, dies sei auch insoweit gelungen, als die Filiale vollständig von Arbeitern geräumt ist, während hier ein Drittel die Arbeit niederzulegen sich verpflichtete. Daß dies nicht mehr and, liege wohl daran, daß die Firma stets bereit war, sich ihrer Arbeiter durch „Vorschussgeben“ zu versichern. Die Arbeiter verhielten sich dem Fabrikanten der Wirtschaft. Bei dem heutigen Verdienst, beteiener normalen Arbeitszeit von 10 Stunden sei es nicht möglich, sich zu ernähren, wie es nöthig sei, um fähig zur Arbeit zu sein. Um dies zu ermöglichen, würden 16 und mehr Stunden täglich gearbeitet. Wo sollte da die Zeit herkommen, die es dem Arbeiter gestatte, sich seiner Familie zu widmen, den Geist zu bilden u. s. w. Intelligenz brauche der Arbeiter, nicht die rohe Kraft allein hülf zu. Um aber Intelligenz zu erlangen, müsse dem Arbeiter auch ein entsprechender Verdienst gegeben werden. Daran habe selbst der Staat ein Interesse. Je weniger der Arbeiter verdient, desto elender lebe er dahin, er sinke immer mehr und falle schließlich der öffentlichen Müßiggang zum Last. Der Fabrikant habe keinen Schaden, wenn er hohen Lohn zahle, er verlange ebenfalls höhere Preise. Herr Michelsen (Buchbinder) als Gast führte in längerer mit großem Beifall aufgenommenen Rede aus, daß es sich bei einer Lohnbewegung in allererster Linie um den Lohn handle. Derselbe sei in den meisten Fällen ein derartiger, daß es kaum genüge, das Leben dürftig zu fristen, während doch auch der Arbeiter wissen soll, daß er als Mensch lebt. Die Arbeiter müssen sich so organisiren, daß sie eine geschlossene Kette bilden. Aber wie selten begreife der Arbeiter dies, wie selten begreife er, daß nur die Organisation ihm helfen kann. Es müsse das Bewußtsein unter die Arbeiter getragen werden, daß sie die erhaltende Kraft der Gesellschaft sind. Eine Arbeiterfamilie von 5 Köpfen brauche in Berlin zum nothdürftigsten Leben 24 Mark wöchentlich, aber wie stehen sie da? Mit 12, 15 und 18 Mark pro Woche gehen viele Arbeiter beim. Er, Redner, betrachte es als seine heilige Pflicht, einzutreten für die Interessen der Arbeiter, die noch nicht so gestellt sind, daß sie sich und ihre Familien menschenwürdig ernähren können. Er versichert noch der Versammlung die größte Unterstützung für ihre gerechte Sache nicht nur aus Berlin, sondern aus ganz Deutschland. Es hätten bereits außer Herrn Michelsen 2 Mitglieder gesprochen, als sich nun der Herr Müller zum Wort meldete, protestirte der überwachende Polizeibeamte dagegen mit dem Hinweis, es sei

dies eine Handschuhmacherversammlung und er dürfe sich doch auch noch andere Professionisten an der Debatte theiligen. Vergessens war von verschiedenen Seiten hervorgehoben, daß dies eine öffentliche Versammlung sei, worauf wurde der Vorsitzende aus der Mitte der Versammlung beschwerde beim Polizeipräsidenten aufgefördert, dem die Beamten mußte Folge gegeben werden. Es sprach noch einige Handschuhmacher für stülte Durchführung des Streiks. Hierauf schloß der Vorsitzende die sehr anmuthige Versammlung mit der Bekanntmachung, daß am Sonntag, 24. Januar, Vormittags 10 Uhr, wieder eine öffentliche Versammlung in demselben Lokale stattfinden, zu der um zahlreiches Erscheinen ersucht wird.

Zur Wahl des Innungs-Gesellen-Ausschusses am Sonntag in Grätzel's Bierhallen von dem Obermeister d. r. Sattler-, Kiemer- und Tischler-Innung eine Versammlung einberufen. Nachdem der Herr Obermeister den Zweck der Versammlung bekannt gemacht, ließ er den jetzigen Ausschuss einen Bericht abgeben über seine bisherige Thätigkeit, welche darin bestand, daß er drei Sitzungen mit Innungsbeamten hatte; ferner an fünf Eshludgeräten und 50 des Innungsbeamten die zu Gunsten der Kollegen ausgeführten fünfmal an Vertheilungsprüfungen theilgenommen hat. Da diese ihre Thätigkeit die Ausschussmitglieder eine für die Innung wichtige Vortheile erbrachte, lehnte sie eine Neuwahl ab und ersuchte die Gesellschaft, ebenfalls von der Wahl Abstand zu nehmen. Einer der Herren führte an, daß er dieser „Komödie“ nicht länger gebrauchen lassen werde, er auch nicht verlange, daß ein Anderer an seine Stelle trete. Der Herr Obermeister suchte jedoch die Segnungen der Innungen klarzulegen, was ihm jedoch nicht gelang, denn Chapau zeigte ihm, wie die Gesellen über die Thätigkeit der Innungen im 19. Jahrhundert denken. Ueber einen Ausschuss welcher dahin ging, die Gesellschaft wolle bestmöglich von der Wahl Abstand zu nehmen, ging der Herr Obermeister ohne Weiteres hinweg, indem er sich von oben her den Befehl erhalten zu haben, einen Ausschuss wählen zu lassen. Gewählt werde auf alle Fälle wer nicht wählen wolle, möge den Saal verlassen. Dagegen forderte er auf, Vorschläge zu machen; als aber keine kamen, ließ er die Stimmzettel vertheilen, um auf diese zur Wahl zu kommen, als selbige wieder eingesammelt, zu sehr stürmischen Szenen. Die Aufregung stieg auf, als man dem Fachverein die Schuld an diesen Vorgängen zulegen versuchte, doch wurde die Ruhe durch einige eines Kollegen wieder hergestellt. Derselbe wies darauf, daß die Leute, welche dem Fachverein diesen Vorwurf selbst schon die Auflösung von Versammlungen herbeigeführt hätten. Als die Wahl so nicht zu Stande kam (die abgegebenen Stimmzettel waren unbeschrieben), forderte der Obermeister nochmals auf, die Wahl so ordnungsmäßig möglich von statten gehen zu lassen. Die Gesellen wählten jedoch den einmal getheilten Stimmzettel nicht wieder benutzt. Als die Wahlschlacht endlich begebnen sollte, verließ eine Anzahl Gesellen aus Anrathen des Herrn Bähge den Saal. Von den 250 Anwesenden wurden 119 Stimmzettel empfangen, von denen jedoch nur 58 abgegeben wurden. Es erhielten Stimmen: Fied 9, Wirtz 3, Vieh 6, Mann 4, Giese 3, Fiedel 3, Chapau 1, Lannhals 1, Schulz 1, Wege 1, Brasser 1. Als einige Anwesende Wahl wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärten, schloß der Obermeister dankend die Versammlung. Von den gewählten ersten 5 Herren haben als alte Mitglieder Giese, Vieh und Wirtz erklärt, eine Wahl nicht zuzunehmen.

Eine öffentliche Versammlung der Stellmacher am 18. d. M. in Grätzel's Salon, Brunnenstr. 140. Die Tagesordnung war folgende: 1. Schlussberathung über den Lohnkommission ausgearbeiteten Lohn- und Alford-Tarif. 2. Wie verhalten sich die Stellmacher Berlins zu demselben. 3. Anträge der Kommission. 4. Verschiedenes. Beim Punkt der Tages-Ordnung verließ der Vorsitzende den Saal, um den Tarif über Räder und Gestelle und eröffnet hierauf die Diskussion, an der sich viele Redner theilnahmen. Der ganze Saal wurde mit einigen kleinen Änderungen angenommen. Die Resolution wurde angenommen, welche lautet: „Die folgende öffentliche Versammlung der Stellmacher Berlins am 20. d. M. in dem von der Lohn-Kommission ausgearbeiteten Lohn- und Alford-Tarif vollständig einverstanden und beauftragt die Kommission, wegen Einführung dieses Tarifs mit den Stellmachermeistern Berlins in Unterhandlung zu treten. Nach pflichten sich die Versammelten, mit allen ihnen zu stehenden gesetzlichen Mitteln dafür zu wirken, daß der Tarif zur Geltung gelange.“ Beim zweiten Punkt spricht die Kommission ihre Bedauern aus, daß die Kollegen sich so schwer der Bewegung theilnehmen. Die Anwesenden wurden aufgefordert, sich an der Sache mehr zu theilnehmen und an der Verbesserung ihrer traurigen Lage kräftig mitzuwirken. Beim dritten Punkt legten die Herren Ulrich und Rodenwald ihr Amt in der Lohnkommission nieder und ihre Stelle wurden die Herren Ulrich und Rodenwald gewählt. Herr Klein stellt die Frage, wie die Lohnkommission vorgehen gedenke. Herr Singert antwortete hierauf, daß nach der Lohnerböschung die Einführung einer 10stündigen Arbeitszeit und Abschaffung der Lieferung von Kost und Logis durch den Arbeitgeber beabsichtigt werde. Bei Punkt IV der Tagesordnung macht Herr Braack bekannt, daß am 30. Januar in den weissen Bierhallen (oberer Saal), die Vereinigung der deutschen Stellmacher, Mitgliederschaft Berlin, ihre regelmäßige Versammlung abhält. Herr Klein macht darauf aufmerksam, daß die Vereinigung am 13. Februar in Börow's Bierhallen einen Wiener Maskenball veranstaltet und ersucht um rege Theilnahme an demselben. Biletts sind bei dem Komitee-Mitgliedern, sowie auch in den mit Plakaten versehenen Handlungen zum Preise von 50 Pf. für Herren und 30 Pf. für Damen zu haben. Herr Nachhaus macht den Vorwurf, daß sie sich um den Arbeitsnachweis in Lindenstr. 16 wenig oder gar nicht kümmern. Es sei häufig Arbeit zu vergeben, aber kein Geselle melde sich an. Derselbe.

Die Berliner Turngenossenschaft eröffnete am Sonntag, den 12. Januar, in der neuen Turnhalle, Heddenickerstraße ihre 6. Lehrlingsabtheilung. Gegen 30 Lehrlinge traten am ersten Turnabend der neuen Abtheilung bei. Der Vorsitzende feiert März sein Stiftungsfest durch ein Schaulustspiel. Fachverein der Steindrucker und Lithographen am Donnerstag, den 21. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im „König-Rasino“, Holzmarktstraße 72: General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Kassenericht. 2. Vortrag des Herrn Dr. G. über: „Darwinismus“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Gäste, welche sich als Mitglieder aufnehmen lassen wollen, haben Zutritt. Mitgliedskarte legitimirt. Biletts zum Fest sind in der Versammlung zu haben.

Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen. General-Versammlung Donnerstag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr, in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79 (oberer Saal). Tagesordnung: 1. Statutenberathung. 2. Wahl einer Kommission. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. Mitgliedskarte legitimirt. — Der Verein hat keinen Zutritt.

Verein Berliner Mechaniker. Hauptversammlung am Donnerstag, den 21. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im „König-Rasino“, Alte Jakobstr. 128. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Verwaltungsberichte. 3. Bericht der Revisoren. 4. Statutenberathung. 5. Antrag des Archars. 6. Neuwahl des Vorstandes, der Revisoren und des Ausschusses zur Pflege der Innung. 7. Verschiedenes (Stiftungsfest).

Don dem folgende Reichs-Vollblatt 1. Bei Antritt des Amtes 2. Die 3. Der 4. Am 5. Um 6. Nach dem 7. Diese 8. Ein 9. Das 10. Etwa 11. In 12. Die 13. Ihre 14. Am 15. Der 16. Die 17. Die 18. Die 19. Die 20. Die 21. Die 22. Die 23. Die 24. Die 25. Die 26. Die 27. Die 28. Die 29. Die 30. Die 31. Die 32. Die 33. Die 34. Die 35. Die 36. Die 37. Die 38. Die 39. Die 40. Die 41. Die 42. Die 43. Die 44. Die 45. Die 46. Die 47. Die 48. Die 49. Die 50. Die 51. Die 52. Die 53. Die 54. Die 55. Die 56. Die 57. Die 58. Die 59. Die 60. Die 61. Die 62. Die 63. Die 64. Die 65. Die 66. Die 67. Die 68. Die 69. Die 70. Die 71. Die 72. Die 73. Die 74. Die 75. Die 76. Die 77. Die 78. Die 79. Die 80. Die 81. Die 82. Die 83. Die 84. Die 85. Die 86. Die 87. Die 88. Die 89. Die 90. Die 91. Die 92. Die 93. Die 94. Die 95. Die 96. Die 97. Die 98. Die 99. Die 100. Die 101. Die 102. Die 103. Die 104. Die 105. Die 106. Die 107. Die 108. Die 109. Die 110. Die 111. Die 112. Die 113. Die 114. Die 115. Die 116. Die 117. Die 118. Die 119. Die 120. Die 121. Die 122. Die 123. Die 124. Die 125. Die 126. Die 127. Die 128. Die 129. Die 130. Die 131. Die 132. Die 133. Die 134. Die 135. Die 136. Die 137. Die 138. Die 139. Die 140. Die 141. Die 142. Die 143. Die 144. Die 145. Die 146. Die 147. Die 148. Die 149. Die 150. Die 151. Die 152. Die 153. Die 154. Die 155. Die 156. Die 157. Die 158. Die 159. Die 160. Die 161. Die 162. Die 163. Die 164. Die 165. Die 166. Die 167. Die 168. Die 169. Die 170. Die 171. Die 172. Die 173. Die 174. Die 175. Die 176. Die 177. Die 178. Die 179. Die 180. Die 181. Die 182. Die 183. Die 184. Die 185. Die 186. Die 187. Die 188. Die 189. Die 190. Die 191. Die 192. Die 193. Die 194. Die 195. Die 196. Die 197. Die 198. Die 199. Die 200. Die 201. Die 202. Die 203. Die 204. Die 205. Die 206. Die 207. Die 208. Die 209. Die 210. Die 211. Die 212. Die 213. Die 214. Die 215. Die 216. Die 217. Die 218. Die 219. Die 220. Die 221. Die 222. Die 223. Die 224. Die 225. Die 226. Die 227. Die 228. Die 229. Die 230. Die 231. Die 232. Die 233. Die 234. Die 235. Die 236. Die 237. Die 238. Die 239. Die 240. Die 241. Die 242. Die 243. Die 244. Die 245. Die 246. Die 247. Die 248. Die 249. Die 250. Die 251. Die 252. Die 253. Die 254. Die 255. Die 256. Die 257. Die 258. Die 259. Die 260. Die 261. Die 262. Die 263. Die 264. Die 265. Die 266. Die 267. Die 268. Die 269. Die 270. Die 271. Die 272. Die 273. Die 274. Die 275. Die 276. Die 277. Die 278. Die 279. Die 280. Die 281. Die 282. Die 283. Die 284. Die 285. Die 286. Die 287. Die 288. Die 289. Die 290. Die 291. Die 292. Die 293. Die 294. Die 295. Die 296. Die 297. Die 298. Die 299. Die 300. Die 301. Die 302. Die 303. Die 304. Die 305. Die 306. Die 307. Die 308. Die 309. Die 310. Die 311. Die 312. Die 313. Die 314. Die 315. Die 316. Die 317. Die 318. Die 319. Die 320. Die 321. Die 322. Die 323. Die 324. Die 325. Die 326. Die 327. Die 328. Die 329. Die 330. Die 331. Die 332. Die 333. Die 334. Die 335. Die 336. Die 337. Die 338. Die 339. Die 340. Die 341. Die 342. Die 343. Die 344. Die 345. Die 346. Die 347. Die 348. Die 349. Die 350. Die 351. Die 352. Die 353. Die 354. Die 355. Die 356. Die 357. Die 358. Die 359. Die 360. Die 361. Die 362. Die 363. Die 364. Die 365. Die 366. Die 367. Die 368. Die 369. Die 370. Die 371. Die 372. Die 373. Die 374. Die 375. Die 376. Die 377. Die 378. Die 379. Die 380. Die 381. Die 382. Die 383. Die 384. Die 385. Die 386. Die 387. Die 388. Die 389. Die 390. Die 391. Die 392. Die 393. Die 394. Die 395. Die 396. Die 397. Die 398. Die 399. Die 400. Die 401. Die 402. Die 403. Die 404. Die 405. Die 406. Die 407. Die 408. Die 409. Die 410. Die 411. Die 412. Die 413. Die 414. Die 415. Die 416. Die 417. Die 418. Die 419. Die 420. Die 421. Die 422. Die 423. Die 424. Die 425. Die 426. Die 427. Die 428. Die 429. Die 430. Die 431. Die 432. Die 433. Die 434. Die 435. Die 436. Die 437. Die 438. Die 439. Die 440. Die 441. Die 442. Die 443. Die 444. Die 445. Die 446. Die 447. Die 448. Die 449. Die 450. Die 451. Die 452. Die 453. Die 454. Die 455. Die 456. Die 457. Die 458. Die 459. Die 460. Die 461. Die 462. Die 463. Die 464. Die 465. Die 466. Die 467. Die 468. Die 469. Die 470. Die 471. Die 472. Die 473. Die 474. Die 475. Die 476. Die 477. Die 478. Die 479. Die 480. Die 481. Die 482. Die 483. Die 484. Die 485. Die 486. Die 487. Die 488. Die 489. Die 490. Die 491. Die 492. Die 493. Die 494. Die 495. Die 496. Die 497. Die 498. Die 499. Die 500. Die 501. Die 502. Die 503. Die 504. Die 505. Die 506. Die 507. Die 508. Die 509. Die 510. Die 511. Die 512. Die 513. Die 514. Die 515. Die 516. Die 517. Die 518. Die 519. Die 520. Die 521. Die 522. Die 523. Die 524. Die 525. Die 526. Die 527. Die 528. Die 529. Die 530. Die 531. Die 532. Die 533. Die 534. Die 535. Die 536. Die 537. Die 538. Die 539. Die 540. Die 541. Die 542. Die 543. Die 544. Die 545. Die 546. Die 547. Die 548. Die 549. Die 550. Die 551. Die 552. Die 553. Die 554. Die 555. Die 556. Die 557. Die 558. Die 559. Die 560. Die 561. Die 562. Die 563. Die 564. Die 565. Die 566. Die 567. Die 568. Die 569. Die 570. Die 571. Die 572. Die 573. Die 574. Die 575. Die 576. Die 577. Die 578. Die 579. Die 580. Die 581. Die 582. Die 583. Die 584. Die 585. Die 586. Die 587. Die 588. Die 589. Die 590. Die 591. Die 592. Die 593. Die 594. Die 595. Die 596. Die 597. Die 598. Die 599. Die 600. Die 601. Die 602. Die 603. Die 604. Die 605. Die 606. Die 607. Die 608. Die 609. Die 610. Die 611. Die 612. Die 613. Die 614. Die 615. Die 616. Die 617. Die 618. Die 619. Die 620. Die 621. Die 622. Die 623. Die 624. Die 625. Die 626. Die 627. Die 628. Die 629. Die 630. Die 631. Die 632. Die 633. Die 634. Die 635. Die 636. Die 637. Die 638. Die 639. Die 640. Die 641. Die 642. Die 643. Die 644. Die 645. Die 646. Die 647. Die 648. Die 649. Die 650. Die 651. Die 652. Die 653. Die 654. Die 655. Die 656. Die 657. Die 658. Die 659. Die 660. Die 661. Die 662. Die 663. Die 664. Die 665. Die 666. Die 667. Die 668. Die 669. Die 670. Die 671. Die 672. Die 673. Die 674. Die 675. Die 676. Die 677. Die 678. Die 679. Die 680. Die 681. Die 682. Die 683. Die 684. Die 685. Die 686. Die 687. Die 688. Die 689. Die 690. Die 691. Die 692. Die 693. Die 694. Die 695. Die 696. Die 697. Die 698. Die 699. Die 700. Die 701. Die 702. Die 703. Die 704. Die 705. Die 706. Die 707. Die 708. Die 709. Die 710. Die 711. Die 712. Die 713. Die 714. Die 715. Die 716. Die 717. Die 718. Die 719. Die 720. Die 721. Die 722. Die 723. Die 724. Die 725. Die 726. Die 727. Die 728. Die 729. Die 730. Die 731. Die 732. Die 733. Die 734. Die 735. Die 736. Die 737. Die 738. Die 739. Die 740. Die 741. Die 742. Die 743. Die 744. Die 745. Die 746. Die 747. Die 748. Die 749. Die 750. Die 751. Die 752. Die 753. Die 754. Die 755. Die 756. Die 757. Die 758. Die 759. Die 760. Die 761. Die 762. Die 763. Die 764. Die 765. Die 766. Die 767. Die 768. Die 769. Die 770. Die 771. Die 772. Die 773. Die 774. Die 775. Die 776. Die 777. Die 778. Die 779. Die 780. Die 781. Die 782. Die 783. Die 784. Die 785. Die 786. Die 787. Die 788. Die 789. Die 790. Die 791. Die 792. Die 793. Die 794. Die 795. Die 796. Die 797. Die 798. Die 799. Die 800. Die 801. Die 802. Die 803. Die 804. Die 805. Die 806. Die 807. Die 808. Die 809. Die 810. Die 811. Die 812. Die 813. Die 814. Die 815. Die 816. Die 817. Die 818. Die 819. Die 820. Die 821. Die 822. Die 823. Die 824. Die 825. Die 826. Die 827. Die 828. Die 829. Die 830. Die 831. Die 832. Die 833. Die 834. Die 835. Die 836. Die 837. Die 838. Die 839. Die 840. Die 841. Die 842. Die 843. Die 844. Die 845. Die 846. Die 847. Die 848. Die 849. Die 850. Die 851. Die 852. Die 853. Die 854. Die 855. Die 856. Die 857. Die 858. Die 859. Die 860. Die 861. Die 862. Die 863. Die 864. Die 865. Die 866. Die 867. Die 868. Die 869. Die 870. Die 871. Die 872. Die 873. Die 874. Die 875. Die 876. Die 877. Die 878. Die 879. Die 880. Die 881. Die 882. Die 883. Die 884. Die 885. Die 886. Die 887. Die 888. Die 889. Die 890. Die 891. Die 892. Die 893. Die 894. Die 895. Die 896. Die 897. Die 898. Die 899. Die 900. Die 901. Die 902. Die 903. Die 904. Die 905. Die 906. Die 907. Die 908. Die 909. Die 910. Die 911. Die 912. Die 913. Die 914. Die 915. Die 916. Die 917. Die 918. Die 919. Die 920. Die 921. Die 922. Die 923. Die 924. Die 925. Die 926. Die 927. Die 928. Die 929. Die 930. Die 931. Die 932. Die 933. Die 934. Die 935. Die 936. Die 937. Die 938. Die 939. Die 940. Die 941. Die 942. Die 943. Die 944. Die 945. Die 946. Die 947. Die 948. Die 949. Die 950. Die 951. Die 952. Die 953. Die 954. Die 955. Die 956. Die 957. Die 958. Die 959. Die 960. Die 961. Die 962. Die 963. Die 964. Die 965. Die 966. Die 967. Die 968. Die 969. Die 970. Die 971. Die 972. Die 973. Die 974. Die 975. Die 976. Die 977. Die 978. Die 979. Die 980. Die 981. Die 982. Die 983. Die 984. Die 985. Die 986. Die 987. Die 988. Die 989. Die 990. Die 991. Die 992. Die 993. Die 994. Die 995. Die 996. Die 997. Die 998. Die 999. Die 1000. Die 1001. Die 1002. Die 1003. Die 1004. Die 1005. Die 1

## Politische Uebersicht.

Von dem Gefängnisvorstand zu Halberstadt erhalten folgende Besichtigungsbescheide, betreffend Strafgefangenen des Reichstagsabgeordneten Heine, in Nr. 9 des „Berliner Volksblatt“ vom 12. Januar 1886:

1. Bei Antritt seiner Gefängnisstrafe am 18. Juni 1885 und dem Strafgefangenen Heine unter Anderem die §§ 18 und 50 des Reglements für die Gefängnisse der Justizverwaltung vom 16. März 1881 vorgelesen. Hierüber ist ein Protokoll aufgenommen und p. Heine hat sich unterschrieben die Bestimmungen nach zu lesen.

2. Heine hat während der Strafzeit vom 18. Juni bis 1. Dezember 1885, mit Ausschluß der Zeit vom 19. bis 25. November, die beste und freundlichste Bille Nr. 22, die einzige Einzelzelle des Gefängnisses, welche mit einem Blindlästen nicht versehen ist, bewohnt und hat nie über deren Beschaffenheit Klage geführt.

3. Der § 50 des Reglements lautet wörtlich: „Alle Geschäftsbücher, insbesondere der Handel mit Kleidern und Lebensmitteln, das Besondere Geben und Empfangen, wie alle Darlehensgeschäfte sind den Gefangenen sowohl unter einander, als gegenüber den Gefängnisbeamten untersagt. Gefangenen ist verboten, von den Beamten der Anstalt ohne Genehmigung des Vorstandes irgend etwas anzunehmen.“

4. Im Oktober v. J. ist dem Heine von seiner Ehefrau auf dem Wege von der Inspektion zum Gefängnis hinter dem Rücken des sie begleitenden Aufsehers eine Quantität Wurst gesteckt worden. Ein Theil dieser Wurst ist demnach Strohhalm des p. Heine versteckt vorgefunden (Durchsuchung). Heine weigerte sich anfänglich, denselben zu nennen, in dem er dies Nahrungsmittel empfangen hatte.

5. Um zu ermitteln, ob weitere unerlaubte Gegenstände in der Zelle vorhanden sind, ob Beamte bei den Pflichtverrichtungen theilhaftig seien, wurde Heine auf allerding mit einem Blindlästen versehenen Bille Nr. 6 verlegt. Am 31. Oktober wurden hinter einer Brettverkleidung der Zelle Nr. 22 6 Mark 10 Pf. entdeckt, es darauf sind eben dort 1 Mark 10 Pf. gefunden, welche der Heine dort versteckt und auf wiederholtes Fragen des Gefängnisinspektors auf sein Ehrenwort nicht hat, daß er Geld nicht in seiner Zelle habe. Erst auf Androhung förmlicher Visitation zeigte Heine das Versteck des Geldes. Entweder hatte Heine, welcher gemäß § 28 des Reglements Vertrauen auf seine Person bei der Aufnahme nicht visitirt, diese Gelder damals oder nach einem späteren Besuche seiner Zelle heimlich abgeholt oder sie sind ihm später gesteckt.

6. Nachdem p. Heine seine Ehefrau als die Ueberbringerin der Wurst genannt und nachdem der Anstaltsarzt sich mit der Uebersetzung des Heine nach Zelle 22 einverstanden erklärt, ist dies unverzüglich geschehen.

7. Heine hat wiederholt, obgleich er die von ihm verlangte, qualitätsfreie Kost erhielt, von einem dafür disziplinär bestraften Mitgefangenen Anstaltsbrot gegen Entgelt sich geben lassen. Einem anderen Mitgefangenen hat er 50 Pfennige für der Thür seiner Zelle mit dem Ersuchen zugesetzt, dafür Anstaltsbrot zu verschaffen. (Verletzung von Pflichtverhältnissen).

8. Ein Aufseher mußte disziplinär bestraft werden, weil er behauptet hatte, daß von p. Heine die zu 7. erwähnten Nachrichten angenommen worden sind.

9. Das französische Buch über Christenthum und Sozialismus für Heine von dessen Ehefrau abgegeben und nicht begeben worden, weil dem p. Heine durch ministerielle Verfügung allgemein französische und englische Bücher gestattet war.

10. Etwa sonst erforderliche Verordnungen kann ich, weil bezüglich des Heine seit dem 7. o. M. theilweise haben verlesen werden müssen, zur Zeit nicht geben.

Halberstadt, den 16. Januar 1886.  
Der Gefängnis-Vorstand:  
Schöne, erster Staatsanwalt.

Einer der tüchtigsten und charaktervollsten Journalisten, Herr Dr. Adolf Phillips ist gestern Morgen nach 10 Uhr verstorben. Derselbe war mehrere Jahre Chefredakteur der Berliner „Volkszeitung“ und als solcher hat er, soweit sein Einfluß reichte, dieses Blatt mit dem besten Geiste. Daß der Verstorbenen dieses fortschrittliche nicht völlig demokratische konnte, lag an den eigenen Besitzverhältnissen desselben. Besonders hielt nach dem Tode des Sozialisten Dr. Phillips alle Angriffe auf die Sozialdemokraten, gegen die von der Reaktion verübt wurden, aus den Spalten des Blattes fern und bestärkte auch dadurch seine noble, edel demokratische Gesinnung. Phillips gründete der Verstorbenen mit dem Reichstagsabgeordneten Kengmann die „Demokratischen Blätter“, welche im ersten Halbjahr, wo die Begründer selbst redigirten, lebhaft thätig bei denselben waren, die Verbreitung demokratischer Grundsätze segensreich wirkten, aber mehr und mehr im Parteigetriebe verblühten. — In mir uns vorbehalten, unseren Lesern noch einige nähere Mittheilungen über den Verstorbenen zu machen, wollen wir dem Worte schließen: Es ist dahingehenden ein bedeutendstes literarisches Talent, ein höchst ehrenhafter Charakter, in seinem Andenken!

Die Sozialisten unter sich! Unter dieser Spitzmarke Herr Eugen Richter in seinem Blatte, daß ein jeder sich jedenfalls darin zu erkennen sei, daß sich die sozialistische Partei zwar an den Stadtverordnetenwahlen, nicht an den Landtagswahlen theilhaftig habe. Das Wahlergebnis ist nicht ganz so beschränkt, wie dasjenige für die Stadtverordnetenwahlen. — Das ist der reine Humbug! Wenn man als bei den Stadtverordnetenwahlen mehr wählen darf, so wählen doch die einzelnen Klassen ihren Stadtverordneten, so daß es in der dritten Klasse gelingen kann, einen Sozialisten ins Rathhaus zu schicken. Bei den Landtagswahlen aber können die Sozialdemokraten in der Klasse wohl einige Wahlmänner durchziehen, aber dieselben niemals einen sozialistischen Abgeordneten wählen, weil sie gemeinsam mit den Wahlmännern der 1. und 2. Klasse stimmen müssen und 2 doch mehr ist als 1. Das ist die Wahrheit, die aber gerne läßt, daß die sozialistische Partei sich in unfruchtbarer Agitation verzettelt. Aus Polen theilt die „Nordd. Allg. Sig.“ folgendes mit: „Der allgemeine Theilnahme, mit welcher das Regierungsjubiläum Sr. Majestät des Kaisers und Königs in dem ganzen Königreiche gefeiert wurde, ist das Verdienst der Polen am 3. Januar v. J. höchst charakteristisch.“ In der That, ist es dem Domkapitel in Gnesen seiner Zeit die Regierung nahe gelegt worden, an dem genannten Jubiläum die Domkirche des Regierungsjubiläums in geeigneter

Weise zu gedenken. Das Kapitel hat jedoch beschlossen, dieser Anregung nicht Folge zu leisten, da bei der augenblicklichen Lage der Dinge an dem Gottesdienste nichts geändert werden dürfe.

Auf Grund des Sozialistengesetzes verbleibt die königliche Regierung zu Arnshagen die nichtperiodische Druckschrift: „Rüder, Passen und Königswindeln. (Zur Naturgeschichte der Volksausbeuter)“, auf welcher weder der Name des Verfassers, Verlegers oder Herausgebers, noch der Druckort angegeben ist.

Die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses soll, wie dem „Hamb. Corresp.“ telegraphirt wird, beschließen haben, einen Antrag, betreffend die Ausweisungen, nicht einzubringen. Die Ausweisungfrage wird freilich dennoch auch im Landtag zur Sprache kommen und bei der gegenwärtigen Zusammensetzung desselben dürfte eine dem Reichstagsbeschluss entgegengesetzte Auffassung zur Geltung kommen.

Frankfurt a. M., 19. Januar. Die Friedhofsaffäre wird mehrere Verhandlungstage in Anspruch nehmen, denn es sind nicht weniger als 76 Zeugen geladen. Kommissar Meyer wird für die zahlreichen Körperverletzungen verantwortlich gemacht; Schumann Wirtel wird beschuldigt, drei fliehende bereits am Thore angelangte Teilnehmer am Leichenbegängnis mit seinem Säbel ganz ohne Grund geschlagen und verletzt zu haben, während die Schulzeute Hohmann und Schweiger beim Abfluchen des Kirchhofes einen harmlosen Maurer, der erwiesenermaßen mit der ganzen Sache nicht das geringste zu thun hatte, mit ihren Säbeln in Behandlung nahmen. Die Anklageschrift ist den vier Beschuldigten seit einigen Tagen zugehellt worden. Kommissar Meyer wird von Dr. Reyer und die Schulzeute von Dr. Geiger verteidigt werden, während Dr. Spittler sich im Auftrage der verwundeten Leichenbegängnis-Teilnehmer der öffentlichen Anklage als Nebenkläger angeschlossen wird.

Zur Balkanfrage liegt die Mittheilung vor, daß die griechische Regierung den Abrüstungsvorschlag der Mächte abgelehnt, weil die auf der Balkanhalbinsel schwebenden Fragen eine befriedigende Lösung noch nicht gefunden, die Friedensverhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien noch nicht einmal begonnen und die Stellung, welche Griechenland eingenommen habe, in den verschiedenen Birkularnoten dargelegt sei, die seitens der griechischen Regierung an ihre Vertreter im Auslande ergangen wären. — Serbien und Bulgarien haben noch nicht formell abgelehnt, es scheint aber wenig Aussicht vorhanden zu sein, daß die Rote Erfolg hat. Schwierlich werden sie versprechen, das Gewehr aus der Hand zu legen, wenn nicht die Türkei ihre ungeheuren Rüstungen rückgängig macht. Die Aufforderung der Mächte ist aber nicht eigentlich in einer Kollektivnote enthalten. Der Wortlaut der Noten ist verschieden, dem Inhalte nach stimmen sie überein.

Betreffs der Friedensverhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien ist man immer noch nicht so weit, daß man sich über den Ort geeinigt hat, wo die Verhandlungen abgehalten werden sollen.

Die englische „Morning Post“, das Organ des Premierministers Salisbury, erzählt, daß England nächstens bereit sei, energische Maßnahmen zu ergreifen, um Griechenland zur Abrüstung zu zwingen. Für den Fall, daß die britische Regierung einen solchen Schritt thue, werde Deutschland ihr seine Mitwirkung leihen.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

29. Sitzung vom 20. Januar, 1 Uhr.  
Am Tische des Bundesrathes von Schelling, von Burhard und Kommissarien.

Die erste Beratung des G. G., betr. die Rechtspflege in den deutschen Schutzgebieten, eröffnet Staatssekretär v. Schelling mit folgender Erklärung:

Es ist das erste Mal, daß die gesetzgeberische Mitwirkung des Reichstages im Interesse der Schutzgebiete in Anspruch genommen wird. Wenn man die Art und Weise betrachtet, wie andere Kolonialmächte zu Werke gegangen sind, um in den Kolonien nach ihrer Erwerbung die Anfänge staatlicher Bildung ins Leben zu rufen, so hätte es für uns nahe gelegen, diesem Beispiel zu folgen und die unerschöpflichen Vorkahrungen für die Rechtspflege im Verordnungswege zu treffen. Die verbündeten Regierungen haben vorgezogen, den Reichstag bei dieser Regelung zu befragen, weil zur Wirksamkeit der zu schaffenden Gerichtsbarkeit die Wirkung und Reichthümer inländischer Behörden erforderlich ist. Sie haben um so weniger Anstand genommen den Weg der Gesetzgebung zu betreten, als es ihnen um praktische Ziele zu thun war, in Bezug auf welche sie der Unterstützung des Reichstages sicher zu sein glauben, und weil sie ihrerseits nicht die Veranlassung bieten wollen, daß die Früchte dieses Unternehmens durch Hervorhebung konstitutioneller Fragen geschädigt werden. Was nun den Inhalt der Vorlage anlangt, so wird dem Reichstage vorgeschlagen, seine Zustimmung zu der Einrichtung einer deutschen Gerichtsbarkeit in den Schutzgebieten nur im Prinzip zu ertheilen, die nähere Ausföhrung aber einer unter Zustimmung des Bundesrathes ergebenden kaiserlichen Verordnung zu überlassen. Daß diese Art der Regelung den Verhältnissen entspricht, das wird wohl auf keiner Seite des Hauses verkannt werden. Wenn man auch bei der ersten Einrichtung überall das Richtige treffen sollte, was sich wohl Niemand zutrauen wird, so sind ja die Verhältnisse selbst, mit welchen bei der ersten Organisation gerechnet werden muß, einer unaufhaltsamen Umwandlung unterworfen. Es treten neue Erscheinungen, neue Fragen hervor, und diesem Wechsel der Bedürfnisse werden auch die zu erlassenden Normen folgen müssen. Derartige unferne und fluktuierende Zustände sind kein geeigneter Boden für eine exakte gesetzgeberische Kognition, und ich glaube, meine Herren, Sie handeln auch im Interesse des Reichstages, wenn Sie diese interimistische Regelung dem Verordnungswege überlassen.

Abg. Mintelen (Zentrum): Es handelt sich hier um eine staatsrechtliche, nicht um eine völkerrechtliche Frage. Nach dem Herrn Staatssekretär berührt die Vorlage nur das Straf- und bürgerliche, nicht das öffentliche Recht. Ich fürchte sehr, daß die Reichsregierung die Mitwirkung des Reichstages bei Regelung anderer Verhältnisse in den Schutzgebieten nicht für nöthig hält. Sie befindet sich überhaupt über die staatsrechtlichen Beziehungen derselben in erschöpfender Unklarheit. Nach der Darstellung über Kamerun und Togo hat der Gouverneur selbstständig einen Verwaltungsrath eingerichtet, Einzelrichter ange stellt, kurz Bestimmungen getroffen, die sonst überall im Wege der Gesetzgebung regulirt werden. Nach allen Verträgen hat die Vandeshoheit über diese Schutzgebiete Seine Majestät der Kaiser im Namen des Reichs übernommen. Wer ist nun der eigentliche Träger aller dieser Rechte, der Kaiser oder das Reich, und wenn dieses: der Reichskanzler und der Bundesrath oder auch der Reichstag? Die Reichsregierung hat

mit Rücksicht darauf, daß bei Regelung der Gerichtsbarkeit in den Schutzgebieten einerseits die Mitwirkung inländischer Gerichte und sonstiger Behörden des Reiches wie der Bundesstaaten nicht zu entbehren und andererseits den in den Schutzgebieten ergehenden Akten der Gerichte innerhalb des Reichslandes und der diesem gleichgestellten konsularischen Jurisdiktion dieselbe Wirkung wie den gleichen Akten deutscher Gerichte zu sichern sein wird“ und diese Vorlage gemacht. Unmittelbar vor den eben zitierten Worten findet sich aber in den Motiven folgender Satz: „Im Hinblick auf den rechtlichen Inhalt der in der übernommenen Schutzgerichtsbarkeit liegenden Befugnisse würde die Regelung der Gerichtsbarkeit wie der sonstigen inneren Verhältnisse der Schutzgebiete lediglich im Verordnungswege erfolgen können, soweit nicht die Einwilligung von Gehmmitteln des Reiches in Frage steht.“ Dieses ist der Kernpunkt, gegen den ich meinen Angriff richte. Es würde hierdurch, wenn dieses Gesetz von uns als richtig anerkannt würde, ein Präzedenz geschaffen werden für alle folgenden Zeiten und festgesetzt werden, daß in den deutschen Kolonien nicht ein verfassungsmäßiges Verhältnis besteht, sondern daß sie der absoluten Herrschaft der Reichsregierung, des Reichskanzlers oder des Bundesrathes übergeben sind. Diesen Absolutismus können wir nicht zugestehen. Namens meiner politischen Freunde protestire ich hiermit laut und feierlich gegen dieses Gesetz. Ich beantrage, die Vorlage der 3. Kommission zur schleunigen Beschlußfassung und Berichterstattung zu überweisen. (Lebhafter Beifall im Centrum und links.)

Kommissarius Geh. Legationsrath Krauel: Der Vordrucker hat sich hauptsächlich an die staatsrechtliche Seite der Frage gehalten, ob es dem Geist und dem Buchstaben der Reichsverfassung und der Stellung des Reichstages innerhalb derselben entspricht, daß die auf Grund dieses Gesetzes zu erlassenden Verordnungen der Zustimmung des Reichstages oder nur zur Kenntnignahme vorgelegt werden sollen. Ich beschränke mich darauf, die praktischen Gründe für den vorgeschlagenen Modus darzulegen. Wir gingen davon aus, bei Regelung der Verhältnisse in den Schutzgebieten in finanzieller wie in administrativer Beziehung nur das absolut Nothwendige zu thun, im Uebrigen es der Privatinitiative zu überlassen und von Reichswegen nur da einzutreten, wo die Natur der von Reichsübernommenen Schutzgerichtsbarkeit es unabwendlich verlangt. Zu den Aufgaben, die sich von diesem Gesichtspunkt aus nicht abweisen lassen, gehört die Gewährung und Sicherung des Rechtsschutzes in unseren Schutzgebieten, insofern dort keine anderen dazu geeigneten Organe vorhanden sind. Es muß der Zukunft vorbehalten bleiben, Versuche zu machen, mit Hilfe von Schule und Kirche allmählig einen zivilisatorischen Einfluß auf die Rechtsanschauungen und Rechtsübungen der Eingeborenen zu gewinnen. Mit unseren Gesetzen, Rechtsvorschriften und Prozeßeinrichtungen können wir einen solchen Prozeß nicht improvisiren. Ich glaube, daß, wenn Sie diese Lage der Verhältnisse ohne Voreingenommenheit und Hintergedanken betrachten, Sie zu dem Schlusse kommen müssen, daß das Mandat, welches wir von Ihnen erbitten, nicht in Anspruch genommen werden soll, um dem Absolutismus zu dienen, um ein despotisches Regiment in den Kolonien einzuführen, um den Prärogativen des Reichstages und der Stellung, welche derselbe im öffentlichen Leben einnimmt, zu nahe zu treten, sondern daß das Mandat, welches wir brauchen, notwendig ist im wohlvermögenden und wohlbedachten Interesse der Rechtsordnung und der Rechtssicherheit in unseren Schutzgebieten.

Abg. v. Reinbaben (kons.): Der Abg. Mintelen hat geäußert, es sei endlich Zeit, daß über das staatsrechtliche Verhältnis unserer Schutzgebiete volle Klarheit geschaffen werde. Aber ich bezweifle, daß er durch seine Ausführungen Klarheit in dieses Verhältnis gebracht hat, und die unferigen, unentwickelten Zustände unserer Schutzgebiete sind auch zur Zeit nicht gereinigt, und zur Klarheit zu verhelfen. Der Herr Staatssekretär des Reichs-Justizamts hat Sie daher mit Recht gebeten, vor Allem praktische Erwägungen Raum zu geben und nicht konstitutionelle Fragen in den Vordergrund zu stellen, wo es sich um Territorien handelt, für deren staatsrechtliche Behandlung bisher keine Normen existiren, deren Staatsrecht in der Entwicklung begriffen ist. Man muß sich hier mit faktischen Verhältnissen abfinden. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, den Gesetzentwurf in eine Kommission zu senden, und bitte Sie, demselben ohne Vorberatung Ihre Zustimmung zu ertheilen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bamberger (Deutschreis.): Ohne den staatsrechtlichen Bedenken des Abg. Mintelen in allen Einzelheiten zu folgen, sehe ich doch seiner Anschauung in dieser Frage viel näher als der, die vom Tisch des Bundesrathes und vom Vordrucker vertheidigt worden ist. Einzelne Einsprüche werden meine Bedenken gegen die Vorlage allerdings durch die Betrachtung, daß ihre praktische Bedeutung sehr wesentlich dadurch reduziert wird, daß unsere ganzen kolonialen Unternehmungen nach dem Eindruck, den wir gestern bereits konstatiren konnten, sich in Zukunft wahrscheinlich in außerordentlich bescheidenen Grenzen bewegen werden. Wenn ich die Stimmung bei der gestrigen Debatte über Kamerun und was dazu gehört, dieses gemüthliche Palaver, um mich kamerunisch auszudrücken, mit den hochaufschäumenden Erwartungen hier und noch mehr draußen im Reich vor ein, zwei Jahren vergleiche, dann darf ich wohl sagen, daß, wenn die Auffassung noch ein, zwei Jahre in demselben Maße fortschreitet, ich das Vergnügen haben werde, den größten Theil der Nation und vielleicht auch des Reichstages bei der Meinung zu begründen, die von Anfang an die meinte war und noch mehr als je ist, nämlich daß unsere ganze Kolonialpolitik nichts sein wird, als ein sehr theures Spielzeug für die nationale Phantastie. (Zustimmung links und im Centrum.) Deshalb will ich mich auch über die Frage nicht sehr erheben, wie in Zukunft diese höchst schätzenswerthen Regergebiete, in denen kein Europäer leben, in denen er aber sehr leicht sterben kann, verwaltet werden. Gleichwohl handelt es sich dabei um Prinzipien, die wir hier nicht leichten Kaufes preisgeben dürfen. Die Berufung auf das englische Vorbild schwebt völlig in der Luft. Von dem Begriff der Charters an, die wir beschreibender Weise mit Schutzbrief übersehen, was sich durchaus nicht deckt, bis zu der Art der Verantwortlichkeit der Regierung ist ein sehr bedeutender Unterschied zwischen dem, was in England und dem, was bei uns geschieht. In England hat aber schließlich das Parlament das Recht, alles, was die Regierung in den Kolonien thut, aus eigener Nachvollkommenheit, wenn es damit nicht einverstanden ist, hinwegräumen zu machen. Vor Allem aber kann in England nicht eine Regierung existiren, die mit ihren Verwaltungssakten mit dem Parlament in Widerspruch steht. Wäre dort eine Regierung denkbar, die solche Beschlüsse, wie die in den letzten Tagen hier gefaßten, stillschweigend mit Beträchtigung über sich ergehen ließe? Hätten wir ein solches Verhältnis, dann bräuchten wir allerdings auch jene Vorsichtsmaßregeln nicht. Aber wenn man das Beispiel Englands anruft, um sich damit die Unverantwort-

wortlichkeit der Regierung für Verwaltungsgasse zu holen, dann muß man sich auch erst einmal in ein Verhältnis zur Volkstretung stellen, wie es in England besteht. Bis dahin verschone man uns mit dieser ganz falschen Analogie! (Zustimmung links.) Schon die Erhellung der Schutzbriege giebt zu tiefsten Bedenken Anlaß. So wird z. B. der Ostafrikanischen Gesellschaft in ihrem Schutzbriege volle, unbeschränkte juristische, rechtliche Macht selbst über Deutsche in jenen Gebieten gegeben, während in England die Vorschrift gilt, daß jeder Engländer überall ausschließlich unter englischem Recht steht. Wenn diese Gesellschaft aber gar noch Verträge mit den Hauptlingen abschließt, in denen von Privatbesitz und Staatshoheit nach deutschem Staatsrecht die Rede ist, die von Dolmetschern englisch vorgetragen und in die Sprache der Suaheli übertragen werden; und wenn wir uns denken, daß später das Deutsche Reich vielleicht mit den Vassen Partei ergreifen muß für die Ansprüche, die durch solche Verträge zwischen irgend einem mit Rum oder Tabak gewonnenen Regentfürsten und den Agenten zu Stande gekommen sind, so folgt daraus, daß wir diese Dinge nicht zu leicht nehmen dürfen, und ich empfehle daher die Verweisung der Vorlage an die Justiz- oder eine andere Kommission. (Beifall links.)

Abg. v. Hellendorff (links; nur schwer verständlich) verteidigt die deutsche Kolonialpolitik gegen Bamberger. Sei die deutsche Regierung etwa schuld daran, daß andere Nationen längst die günstigsten gelegenen Landstriche kolonisiert haben? Sei das ein Grund, nun auch jetzt noch nicht die notwendigen Schritte zu thun, um wenigstens etwas für Deutschland an Kolonialbesitz zu erwerben? Beachte man doch, wie sehr andere Nationen sich rühmen, um ihrer Industrie neue Gebiete in fremden Ländern zu öffnen! (Rufe: Tongking!) Die Angriffe, weil unsere Kolonialpolitik in den sechs Monaten ihres Bestehens noch keine größeren wirtschaftlichen Erfolge gehabt, seien völlig grundlos. (Beifall rechts, Bismarck links.)

Abg. Windthorst (Zentrum): Ich weiß nicht, woher Herr v. Hellendorff die Berechtigung nimmt, eine solche Kritik am Reichstage zu üben; das Ansehen des letzteren wird durch Angriffe von so autoritativer Stelle jedenfalls nicht gehoben. In der Sache selbst meine ich, daß von Reichsbehörden, auch von denen in den Kolonien nur gehandelt werden darf nach Maßgabe der Gesetze, die der Reichstag hier beschließt. Alles, was hier in Deutschland zur Gesetzgebungskompetenz des Reichstages gehört, das gehört auch in den Kolonien dazu. Wir verlangen ja nicht, daß jede Verordnung für die Kolonien hier paragraphenweise betrahtet wird; aber bei den Hauptnormen, nach denen die Kolonien regiert werden sollen, haben wir mitzusprechen. Ich werde dem niemals zustimmen, daß die erlassenen Verordnungen und bloß zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Wir müssen das Recht haben, solche Verordnungen nicht bloß unfruchtbar zu kritisieren, sondern auch sie zu vernichten. Ich möchte wenigstens die Regier vor manchen Entscheidungen warnen, die wir hier in Deutschland leidet haben machen müssen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Graevenitz (Konservativ): Ich stimme mit dem Abg. Hintelen darin überein, daß die deutschen Schutzgebiete im Sinne des Gesetzes Ausland sind. Daraus folgt, daß die Reichsgesetzgebung unmittelbar auf dieselben keine Anwendung findet. Die Frage ist also, wo dort das Recht und die Rechtvollkommenheit liegt. Ich meine, sie liegt ja auch im Sinne der Verfassung bei dem Kaiser. Wenn ihm die völkerrechtliche Vertretung des Reichs obliegt, so kann ihm auch das Recht, die Angelegenheiten in den Schutzgebieten zu regeln, nicht beschränkt werden.

Abg. Bamberger: Ich habe es immer gern, wenn Herr v. Hellendorff sich speziell mit mir beschäftigt; denn ich liebe den verbindlichen Ton, den er anschlägt, obwohl ich hinzufügen muß, daß er mir noch besser gefiele, wenn er nicht den selbstbewussten Ton einer Moralpredigt beimischt, der ich nicht die geringste Demuth entgegenbringen kann. (Heiterkeit.) Er ruft uns zu: „Ihr macht eine große Sache übertrieben klein!“ Ich erwidere: „Ihr macht eine kleine Sache übertrieben groß!“ (Sehr richtig! links.) Die Sache ist nicht groß und sie wird niemals groß werden, weil es Kolonialgebiete, durch die das Reich Größe entfalten könnte, nicht giebt, daß wir trotz allem Verunsichern in Sandwüsten und Fiebernestern sie nicht finden. (Beifall links.) All diese übertriebene Politik kann die Unverwundbarkeit zu Lande, durch die das Reich so groß und angesehen geworden ist, nur schwächen. Sind denn die Erfahrungen in der kurzen Zeit, da wir Kolonialpolitik experimentieren, so glänzend für die Erhöhung unserer Macht und unseres Ansehens? Ich will die Frage nicht weiter anrühren, aber sind denn die Konflikt der letzten Zeit geeignet gewesen, das Prestige und die Macht des Reiches so besonders ins Licht zu stellen? Das ist meine Ansicht nicht, und ich glaube auch nicht, der allgemeine Eindruck. Wir riskieren nur, das Ansehen zu verlieren, nicht zu gewinnen. Ich habe gesagt: warum ruft die deutsche Regierung englische Analogien an, wenn sie englische Zustände nicht gelten lassen will? Darauf ist er mir die Antwort schuldig geblieben und wird sie mir ewig schuldig bleiben. Um Uebrigens hat Herr v. Hellendorff uns heute durch seine Billspitze gegen den Parlamentarismus das Vergnügen gemacht, uns die Debatte wegen Verlängerung der Legislaturperiode in Erinnerung zu rufen. Ich bin ihm dafür sehr dankbar und werde ihm für jeden ähnlichen Anlaß sehr dankbar sein, noch dankbarer aber, wenn er uns auch Gelegenheit giebt, wieder in zweiter und dritter Lesung mit ihm darüber zu sprechen. (Beifall links.)

Abg. v. Hellendorff hebt gegenüber dem Abg. Windthorst hervor, daß es sein Recht als Abgeordneter sei, Ansichten, die ihm nicht richtig zu sein scheinen, wiederholt zu bekämpfen. Auch Herr Windthorst kommt in allen seinen Reden auf den Kulturkampf zurück.

Abg. Windthorst: Gewiß hat Herr v. Hellendorff das Recht und die Pflicht, Ansichten, die ihm vorkommen, zu bekämpfen. Was mich indessen veranlaßt, mich gegen ihn zu wenden, waren seine Auslassungen über den Parlamentarismus. Dagegen habe ich mich verwahrt; ich habe hingewiesen auf seine Bemerkungen über die Vereitelungen des allgemeinen Stimmrechts und darauf aufmerksam gemacht, daß hier ein zweiter Angriff auf das Parlament vorliege. Es ist ein vergebliches Bemühen, zu behaupten, daß ich durch die neuerlichen Verhandlungen in Widerspruch gerathen sei mit dem von mir vertretenen föderativen Prinzip. Ich halte an demselben fest und ich habe für dasselbe einen Schild, der ganz vorzüglich ist: die letzte kaiserliche Botschaft. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Hellendorff: Herr Windthorst meint, daß in Bezug auf das Parlament etwas vorliege. Nach unserer Auffassung hat die Regierung sorgsam die Rechte des Reichstages geachtet. Ich habe daran die Mahnung geknüpft, daß auch der Reichstag Maß halte in der Ausübung seiner Rechte. Das war der Inhalt meiner Rede. Ich besürchte, daß, wenn wir auf dem Wege weiter gehen, den wir längst betreten haben, wir selbst die Achtung des Parlamentes schwächen.

Abg. Windthorst: Ich kann mir keinen ernstlichen Angriff auf den Reichstag denken, als den, welchen Herr v. Hellendorff selbst gemacht. Er hat klar gesagt, daß er ein Gegner des allgemeinen Stimmrechts und daß die Vereitelung desselben nur eine Frage der Zeit sei. Daß seinen Worten eine besondere Bedeutung beizulegen war, hat der weitere Verlauf der Angelegenheit gezeigt. Die „Kreuz-Zeitung“ hatte zuerst behauptet, daß Herr v. Hellendorff nur für seine Person gesprochen habe. Darauf kam die Erklärung der „Kons. Korresp.“, daß die Auslegung der „Kreuz-Zeitung“ nur Ansicht der Redaktion sei, und das Wichtigste war, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ Partei ergreift zu Gunsten des Herrn

v. Hellendorff. Das bedeute etwas. In dieser Thatsache hat für mich ein Fingerzeig gelegen, auf der Hut zu sein. Wenn Herr v. Hellendorff, der den maßgebenden Persönlichkeiten näher steht als ich, einen Angriff auf das allgemeine Stimmrecht unternimmt, so macht mich das bedenklich, und ich nehme Anlaß, auch hier zu rufen: Caveant consules. (Beifall im Zentrum und links.)

Abg. v. Hellendorff: Ich kann nur erklären, daß über die Opportunität meiner Auslassungen über das allgemeine Stimmrecht auch innerhalb der konservativen Partei Meinungsverschiedenheiten bestanden haben. (Abg. Richter: Nur über die Opportunität!) Im Uebrigem bemerke ich, daß ich weder der preussischen, noch irgend einer anderen Regierung nahe stehe.

Abg. Windthorst: Herr v. Hellendorff hat gesagt, es wäre nur eine Meinungsverschiedenheit gewesen über die Opportunität; in der Sache sind die Herren also einer Meinung gewesen.

Die Diskussion wird geschlossen und der Gesetzentwurf an eine besondere Kommission verwiesen.

Es folgt die Beratung der Etats der Pölle und Verbrauchsteuern, dessen unveränderte Genehmigung die Budgetkommission (Referent Abg. Witte) beantragt.

Abg. Dr. Barth (deutschfrei): Einen Blick auf die Resultate der herrschenden Zollpolitik bei diesem Titel zurückzuwerfen, ist in diesem Jahre besonders deshalb angebracht, weil im verfloffenen die Anschauung, daß die Schutzpolitik der letzten 7 Jahre für Deutschland ein Segen gewesen sei, außerordentlich an Anhängern verloren hat. Bemerkenwerther noch als dieser Umstand ist, daß anscheinend auch die preussische Regierung kritisch zu werden beginnt. Ich schließe das aus jenem mit Recht so allgemein beachteten Passus der preussischen Thronrede, in welchem ziemlich unerblickt erklärt wird, daß die nicht bloß nationale, sondern internationale Ueberschuldung durch unsere Zollpolitik mit veranlaßt worden ist. Kein schwererer Vorwurf konnte gegen diese Politik erhoben werden, denn in der That hat die eingetretene Ueberschuldung zu einer ganz außerordentlich bedenklichen Entwicklung unserer gesamten Volkswirtschaft geführt. Wenn man von der Nothwendigkeit der agrarischen Pölle spricht, führt man stets die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Landwirtschaft an; soll diese etwa durch Maßregeln erhalten werden, die in ihrer letzten Konsequenz den Grund und Boden im Preise sinken? Nichts anderes wird beabsichtigt, als durch künstliche Maßregeln bei den agrarischen Pöllen die Grundrente, bei den zollgeschützten Industrien die Rente des darin angelegten Kapitals zu steigern, darum konsolidieren Sie einen Theil der Arbeitsträger der großen Masse und opfern sie diesem Zweck. Außer den übrigen bedenklichen Resultaten muß eine solche Politik der künstlichen Begünstigung einzelner Industriezweige und Produktentkategorien nothwendig auch den Effekt zur Folge haben, daß sich in den Kreisen der betreffenden Produzenten der Gedanke von der unfehlbaren Wirkung dieser künstlichen Mittel festsetzt; wir sehen ja deutlich, wie in den uns besonders als nothleidend geschilderten Kreisen auf jeden neuen Zoll, auf jedes neue derartige Mittelchen gerechnet wird, um aus der Kalamität herauszukommen. Der Getreidepreis ist in Deutschland durchschnittlich 3 M. höher gehalten worden als auf dem Weltmarkt; ohne den Zoll würde der Preis 3 M. niedriger sein. Dieser Zoll aber hat wieder nur dazu beigetragen, in weiten Kreisen der Landwirtschaft den Glauben zu erwecken, daß jetzt der Moment gekommen sei, durch Kontraktion neuer Schulden u. dergl. wieder flott zu werden. Ähnliche Vorstellungen haben z. B. die sog. Schwindelperiode bederricht. Daß man jetzt sogar zu der außerordentlich einschneidenden Maßregel des Branntweinmonopols greift, nimmt mich hienach gar nicht wunder; es ist die ganz naturgemäße Folge einer solchen Protektionspolitik. Daß man auf diesen Entwurf überhaupt gekommen ist, beweist, daß man allmählig mit dem neuen wirtschaftspolitischen Latein am Ende ist, und daß man wieder umzulehren beginnt zur Freihandelspolitik, wie sie vor 1879 herrschend war. (Beifall links; Lachen und Unruhe rechts.)

Staatssekretär v. Burchard: Man hat bei der neuen Beratung des Antrages Ausfeld, betr. die Behandlung des Petroleums, behauptet, daß das Verfahren des Bundesraths mit den bestehenden Gesetzen im Widerspruch stehe, also den schwersten, überhaupt denkbaren Vorwurf gegen den Bundesrath erhoben, obwohl der Antrag selbst dadurch, daß er einen neuen Rechtszustand zu schaffen vorschlägt, anerkennt, daß der Bundesrath nicht gegen den bestehenden Rechtszustand gefehlt hat. Die Herren haben gemeint, sie hätten dem Antrage aus Höflichkeit gegen den Bundesrath diese Form gegeben; wir konnten das jedenfalls nicht wissen. Wenn Sie meinen, daß der Bundesrath ungelesen verfahren ist, so hätten Sie ja eine Resolution oder Interpellation an uns richten können, wir sind gern bereit für alle Maßregeln, die wir ergreifen, Gründe anzugeben. (Widerpruch links.) § 2 des Zollgesetzes trifft nur Bestimmungen darüber, in welchen Fällen der Zoll vom Brutto, in welchen vom Netto-Gewicht zu erheben ist, also, wenn Petroleum eingeht, bestimmt er, mit welchem Gewicht es zu verzollen ist, er bestimmt aber nicht, ob und in welcher Weise die Umschließung von Waaren dann als besondere Waare anzusehen und besonders zu verzollen sei, wenn sie einen erheblichen Verbrauch- und Verkaufswert für sich haben und wenn sie im Inlande, nachdem sie ihren Zweck als Umschließung erfüllt haben, noch weiter zum Verkauf und Verbrauch gelangen. Die Annahme des Antrages „Ausfeld“ würde zu den größten praktischen Unzuträglichkeiten führen. Der Abg. Barth meinte sodann, daß man mehr und mehr einzusehen beginne, daß unsere jetzige Zollpolitik verwerflich sei, und daß auch die neueste Thronrede die gegenwärtige Ueberschuldung als eine Folge der Zollpolitik hinstelle. In der Thronrede steht hierüber kein Wort, sie beschäftigt sich lediglich mit den Mitteln, wie der Ueberschuldung abzuwehren sei. 1879 sagten die Befinnungs-genossen des Herrn Barth, die Produktion würde durch die Schuttpölle ganz ins Stocken kommen; der Export würde aufhören. Jetzt ist es umgekehrt gekommen; Produktion und Export haben sich erheblich vermehrt. Die Schuttpölle haben die einheimische Industrie zunächst auf den eigenen Markt verwiesen, ihr dort eine feste Basis geschaffen, und nachdem sie dadurch erstarkt ist, hat sie sich auch wieder mehr und mehr dem Export zuwenden können. Mit der Auffassung, daß unsere Industrie seit 1879 zurückgegangen sei, steht der Abg. Barth doch wohl allein. Allerdings sind manche Erwerbszweige, z. B. die Landwirtschaft und Montanindustrie, in gedrückter Lage bei uns; aber wie sieht es in anderen Ländern aus? Der Abg. Barth hat gesagt, wenn der Getreidezoll nicht eingetretener wäre, so würde bei uns das Getreide noch um 3 Mark billiger sein, weil es auf dem Weltmarkt verhältnismäßig um diese Summe billiger sei als bei uns. Die Handels-Ausweise von New-York beweisen das Gegenheil (wie der Staatssekretär im Einzelnen für die Roggenpreise nachzuweisen sucht, wobei er mehrfach durch den Widerspruch des Abg. Barth unterbrochen wird, daß New-York kein Handelsplatz für Roggen sei). Ich hoffe endlich, der Reichstag wird nicht einem Antrage zustimmen, in welchem das Branntweinmonopol nach allen Richtungen hin für verwerflich erklärt wird, ehe das Haus überhaupt die Vorlage gesehen hat. Der Reichstag würde kaum richtig verfahren, wenn er von vornherein ein Gesetz verwerflich nennt, das er noch gar nicht kennt. (Sehr wahr! rechts.)

Um 5 Uhr wird die weitere Beratung bis Donnerstag 2 Uhr vertagt. Vorher wird der Handelsvertrag mit S. Domingo in dritter Lesung erledigt werden.

## Lokales.

Der Pfandverkehr in den königlichen Kreisen bietet nach manchen Richtungen hin lehrreiche Einblicke in die wirtschaftlichen Verhältnisse gewisser Bevölkerungstheile. Das Pfandleihgeschäft in den königlichen Kreisen ist abgelaufenen Verwaltungsjahres hat in jeder Beziehung zugenommen. Die Zahl der einzelnen Pfänder hat 10<sup>1/2</sup> pCt., die der einzelnen Pfänder um 3<sup>1/2</sup> pCt. zugenommen; aber auch der Taxwerth der eingeleiteten Pfänder ist um beinahe 6<sup>1/2</sup> pCt. heruntergegangen. Die Pfänder betragen aus 113 Stüd Wertpapieren, 2834 Schilling-Geldscheinen, 66726 Gold- und Schmuckstücken, 19887 77151 Bekleidungsgegenständen und Gebrauchsgüter. Was nun die gesellschaftliche Stellung der Pfandgeber anlangt, so wurden an einem bestimmten Tage bei 3000 Geschäften die hierauf bezüglichen Erhebungen angestellt. Es ergab sich, nach der „Post-Ztg.“, dabel: 10 Militärs zu den allerletzten Besuchern der Pfänderhöfen; nur 0,13 pCt. stellten sich zu diesem Kontopfandgeber. Ihnen zunächst stehen die Rentiers mit 1/2 pCt. Besondere, Literatessen, Ärzte folgen dann mit 0,77 pCt., um hinter ihnen treten Rückkaufhändler, Pfandleiher und Missionäre mit 0,80 pCt. an. Künstler, Maler, Schreiner stellen sich mit 1,47 pCt. immer noch auf einem verhältnismäßig sehr niedrigen Niveau. Nun aber beginnt die ziffer rasch anzusteigen. Es folgen die Beamten (Kassisten, Staats- und sonstige Beamte) mit 4,30 pCt., die Tagelöhner mit 10,17 pCt., die Wittwen und ununterstützten weiblichen Personen mit 20,77 pCt., und die Handwerkerbetrieblenden, einschließlich der Gehilfen und Lehrlinge mit 60,50 pCt. Unter diesen beiden letztgenannten Pfandgebern befinden sich die werthvollsten verpfändeten Gegenstände, die auf dieselben gewährten Darlehne betragen auf Summen bis zu 1000 Mark, auf zwei wurden höhere Darlehne bewilligt.

Die Ueberbürdung der hiesigen Gerichte gegenwärtig in den betheiligten Kreisen wieder empfunden. Auf dem Amtsgericht I, Zimmer 26, wo Sachen verhandelt werden, fanden gestern nicht weniger als 90 Termine an, bei denen zum Theil noch größere Anwesenheit erforderlich waren. Das ist doch in der That eine Aufgabe, welche die Kräfte des Einzelrichters bei weitem nicht zu bewältigen vermag. Bei einer solchen Ueberfüllung von Prozessen kann kein Wunder, daß z. B. in Wechselachen, für den 1. Termin nach etwa 8 Tagen zu erwarten, 3 Wochen vergehen oft bis zur Zufriedenstellung des Urtheils. Solche Verhältnisse aber wird die Ausnahmestellung der hiesigen Gerichte geradezu illusorisch gemacht. Ist es doch schließlich in einem gewöhnlichen Prozesse ebenso schnell erledigt wurde, wie in einer Ermittlungsangelegenheit, in 14 Tagen.

Die stenographische Agitation, welche gern bei den gerichtlichen Verhandlungen in Anspruch genommen werden möchte, ist gegenwärtig in Berlin außerordentlich lebhaft, und da es heute nur noch wenige der geläufigen Leute giebt, welche nicht für mindestens ein graphisches System eine besondere Sympathie empfinden, so ist es natürlich auch den Sieg bei dem Wettbewerb der erwähnten Systeme zu wünschen, so scheint uns eine verständiger Seite ausgehende Aenderung sehr zu begrüßen, die zugleich geeignet ist, einige Abkühlung in die Kampfesheize zu tragen. Die Monatschrift für den stenographischen Wettbewerb, in welchem sie auf die schon früher gemachten Bedenken hinweist, die der Verwendung graphischer Entgegensetzungen, und führt dann fort: „Wir möchten glauben, daß sich die Stenographie wohl als ein Stenogramm über den Vortrag eines Redners in 20 Minuten lang erledigt hat, obwohl er das, was er in 20 Worten hätte sagen können.“ — Wer längeren Gerichtsverhandlungen beigewohnt hat, wird nicht schwerlich zu würdigen wissen.

Von zahlreichen Geschäftsleuten und gewerblichen Gewerbetreibenden, deren Geschäftskreise einen größeren Umfang angenommen hat, hört man gegenwärtig nach Klagen über die Schwierigkeiten, welche das Ueberwachen ihrer Geschäftswelt ihnen bereitet. Mit Recht werden die wenigen großen Firmen, deren Geschäftswelt sich auf fest alle Geschäfte unter dieser Kalamität. Einestwegs an flüssigen Baarmitteln für den Betrieb das für den gesamten Geschäftsbetrieb so hochbedeutende des Wechselkurses wird von unseren Geldmännern vernachlässigt. Wir könnten mehrere Bank-Anstalten die vor einer Reihe von Jahren ausdrücklich als spezialisiert wurden, dem nothwendigen Diskontangebot eine mittlere und kleineren Geschäftsleute. Sie haben sämtlich so gute Geschäfte gemacht, heute der nur mit kleineren Summen operierenden Kontoverkehr zu mühsam ist und sie sich vornehmlicher und größeren Geschäften zugewandt. Nun mit einer gewissen Geringschätzung auf die so nennen solche Herren alle Wechsel, die im Laufe von Mark lauten — herabschauen, die kleineren Geschäftsleuten zum Diskont angeboten. Dadurch hervorgerufenen Schwierigkeiten haben sie beobachtet, daß man jetzt dringend das Verlangen nach kleineren Wechselverkehr die Reichsbank zugänglich zu machen, also an die Staatshilfe appellirt. Unter solchen Umständen wäre es in der That nur billig, wenn jene Institute, die an staatlichen Emissionen viel Geld auch etwas für den nothleidenden und an sich rechtlichen und soliden kleineren Wechselverkehr denselben neue Diskont-Quellen eröffneten. Das Geschäft etwas umständlicher und mühsamer als die artige Finanzoperationen, und nicht soviel wie die Staatshilfe ein ausreichender Grund sein, sie einfach zu vernachlässigen.

Die Theilnahmlosigkeit gegenüber dem Artikel die Kunde durch die Zeitungen, den wir unseren Lesern wörtlich wiedergeben wollen mit dem seinen Inhalt recht beherzigen zu wollen. Er lautet: „Ich was, wozu soll man sich ereifern, warum aufregen und es sich Zeit und Mühe kosten lassen, ja doch nichts, „oben“ machen sie doch, was sie wollen.“ Es erscheint nahezu ungläublich, — aber doch auch heute noch giebt es nicht Wenige, die gegenüber jenem Anlaß so sprechen hören. Eine größere Theilnahmlosigkeit gegenüber dem Artikel ist nicht wohl denkbar, als sie in solcher Weise gelangt.

Immer auf's Neue erwächst daher der Presse die Gelegenheit ungenügt vorübergehen zu lassen, die Theilnahmlosigkeit entgegenzutreten, an das, was uns erinnern und daß allgemeine Interesse an den Angelegenheiten zu erhöhen und bew. da, wo es nöthig ist, Neuen zu wecken. Denn diese Gleichgültigkeit, wie wir gesagt, noch Viele der Gestaltung ihrer Angelegenheiten zuschauen, sie hat sich gerade in den letzten bittig gerächt, sie hat jene Zeit verhängnisvoll zurückgelassen und reaktionären Zwangs erzwungen, man sie leider in unserem deutschen Vaterlande hat erleben müssen. Wir brauchen, um diese Angelegenheiten, nicht erst diebändige Geschichtsbücher

und die  
der sie  
unfrei  
daß wir  
manche  
vom „  
müße i  
In  
noch vo  
der Ha  
den ob  
Dasein  
steht, n  
schon a  
und Ne  
an alle  
Wohler  
Engste  
wöhnlich  
Rei  
besonder  
öffentli  
geringe  
lament  
differen  
Der  
und nüt  
helfen,  
müssen  
bienen  
einmal  
dann wo  
Luft, di  
schaffen  
man Ust  
und  
Geschreib  
sich allen  
man es  
Nugen  
Unklar  
mal die  
dan stü  
zu wissen  
Da komm  
daktion  
den ober  
„um ein  
anderen  
Haut we  
willig, d  
zuprinke  
freilich,  
selbst ni  
Fällen m  
werden,  
Antriebe  
— am lie  
Solid  
öffentliche  
abhängige  
Gefahr, u  
Wahrheit  
meint zu  
macht“ fr  
stigung a  
Jene  
Ausführun  
tarismus  
— ober  
fluß für  
Was  
werden,  
giltig dah  
lichen Mi  
Tag und  
erfüllender  
wie für  
halten?  
Und  
geschäfts  
vollen Er  
hältnisse,  
Wir mein  
legt, un  
gemeine  
ihm gehol  
nicht einm  
Da h  
gerechte  
leyung, i  
mannigfac  
Aber  
Mit  
bewußtem  
nicht mind  
die Beleg  
sen, die i  
nehmen,  
so — aber  
Und  
Zukunft n  
Ein  
vor dem  
handlung.  
Dr. Dede  
bezüglich  
worten.  
Den Geri  
die Land  
Vandrichte  
Chef der  
Staatsam  
führen: 3  
anwält: 3  
Schulendi  
theidigung  
Im  
dem Graf  
Titel: „  
burg Vehl  
tont, da  
laut Verj  
genständig  
Staatsmi  
Anschän  
von Sum  
Bemühun  
das Staa

und die Leser mit den Fingern darauf zu verweisen. Jeder, der sich auch nur einigermaßen um die innere Geschichte unseres Volkes bekümmert hat, weiß, was wir meinen und daß wir recht haben. Er weiß auch, daß es eine Zeit, nein, mancherlei Zeitalter gab, in denen man nicht mit Unrecht vom „deutschen Michel“ sprach, den man sich ohne die Schlämme über die Ohren nicht denken konnte.

In dieser in dreiten Schichten unseres Volkes selbst jetzt noch vorhandenen Teilnahmslosigkeit erblicken wir auch eine der Hauptursachen, warum es in Bezug auf manches, was mit den obersten Bedingungen eines angenehmen und glücklichen Daseins auf's Innigste zusammenhängt, noch immer nicht besser steht, noch immer nicht recht vorwärts will. Viele sind eben schon zufrieden, wenn sie das Nötigste für des Leibes Nahrung und Nothdurft haben; an ihr geistiges und sittliches Wohl, an alle die anderen Beziehungen zum Leben, mit denen das Wohlgehen ihrer eigenen Person und ihrer Familie sich auf's Engste berührt, denken sie nicht. Ihre Gedanken gehen gewöhnlich über das „Heute“ und „Morgen“ nicht hinaus.

Rein Wunder, daß unter solchen Umständen insbesondere auch zwei der allerwichtigsten Faktoren des öffentlichen Lebens nach ihrer Bedeutung nur in geringem Grade geschätzt und gewürdigt werden, — der Parlamentarismus und die Presse, denen man vielfach noch indifferent und zweifelnd gegenübersteht.

Der Parlamentarismus — meint man, — was kann er uns nützen, was sollen alle die vielen Reden und Beschlüsse helfen, — es geht doch am Ende, wie es geht, und „bezahlen“ müssen wir immer. Leute, die noch so reden können, verdienen eigentlich die Parlamente gar nicht, sie sollten nur einmal eine Zeit lang ohne eine Volksvertretung leben müssen, dann würden sie bald inne werden, wie es um die politische Luft, die sie atmen dürfen, und um ihren Geldbeutel beschaffen sein würde — wenn man „oben“ machen könnte, wozu man Lust hätte.

Und die Presse — sagen diese Leute weiter, — das viele Geschreibsel und Klöppeln nützt ebenso wenig; man kann sich allenfalls, wenn man nichts Besseres zu thun weiß, indem man es liest, damit die Zeit vertreiben, aber einen rechten Nutzen hat es nicht. Diejenigen, die noch einen solchen Unverstand zum Ausdruck bringen können, sollten nur einmal die Zeitungen entbehren müssen, um einzusehen, wie es dann stünde. Und in gewissen Lagen scheint man es recht gut zu wissen, was es mit dem Einfluß der Presse auf sich hat. Da kommt man dort zur Redaktion gelassen und die gute Redaktion soll die Gefälligkeit haben, aber das und das zu schreiben oder dies und jenes zu veröffentlichen; es handle sich da „um ein ganz dringendes öffentliches Interesse“ oder — im anderen Falle — man könne sich sonst gar nicht mehr seiner Haut wehren u. s. w. Und die gute Redaktion ist so bereitwillig, die Spalten ihres Blattes aufzutun und helfend beizuspringen. Die überauslichen Amtsblätter und Blätter freilich, die werden es nur dann thun, wenn sie sich dadurch selbst nicht zu schädigen glauben, ihre Vertreter jucken in solchen Fällen meist bedauernd die Achseln, wenn sie nicht gar grob werden, nur in den seltensten Fällen werden sie aus eigenem Antriebe zu einer energischen Anregung ihre Stimme erheben, — am liebsten sagen sie zu allem Ja und Amen.

Solche Blätter haben denn auch wenig Einfluß auf die öffentliche Meinung; einen solchen vermag nur die wirklich unabhängige Presse auszuüben, die unbestimmt um die eigene Gefahr, unerschütterlich und in jedem Falle für Recht und Wahrheit kämpft, und nur sie auch hat ein Recht, sich mit gemeint zu fühlen, wenn man von der Presse als einer „Großmacht“ spricht. Sie allein auch verdient die nachhaltigste Unterstützung aller rechtschaffenen Leute.

Jene Theilnamlosen aber, wie wir sie bei unseren obigen Ausführungen im Sinne hatten, wissen weder den Parlamentarismus, noch die Presse recht zu würdigen und zu schätzen, — aber die letztere doch meist nur dann, wenn sie ihren Einfluß für ihre eigene Person benötigen.

Was sollte denn nun aus der menschlichen Gesellschaft werden, wenn alle in derselben Art gedankenlos und gleichgültig dahingleben, wenn es nicht, obgleich in der ganz erheblichen Minderzahl, auch Andere geben würde, die über den Tag und seine nächsten Bedürfnisse hinausdenken und die zu erfüllenden höheren Aufgaben sowohl für den einzelnen Menschen wie für die Gesamtheit fort und fort im Auge behalten?

Und welchen Werth, welchen praktischen Nutzen haben angesichts solcher Teilnahmslosigkeit die Klagen über allzu sorgenvollen Erwerb, über die allgemeinen ungünstigen Lebensverhältnisse, wie man sie aus dem Munde vieler so häufig hört? Wir meinen, gar keinen: denn wer nicht selbst mit Hand anlegt, um seine Lage zu verbessern und damit zugleich das allgemeine Wohl zu fördern, der wird lange warten müssen, ehe ihm geholfen wird, und im rechten Sinne verdient er es auch nicht einmal.

Da schimpft und räsonniert man über die Höhe und ungerechte Vertheilung der Steuern, beschwert sich über die Zurücklegung, die man im politischen und kommunalen Leben in mannigfacher Beziehung erfährt u. s. w.

Aber ist's mit diesen Beschwerden und Klagen gethan?

Rit nichten! Man muß sich selbst zu entschiedenem, zielbewusstem Handeln aufraffen, den öffentlichen Angelegenheiten nicht minder, wie den eigenen sein reges Interesse zuzuwenden, die Gelegenheit, sich zu belehren und geistig anzuregen, ergreifen, die durch das Gesetz verliehenen Rechte jeder Zeit wahrzunehmen, klar zu denken und zu urtheilen sich bestrengen, nur so — aber auch nur so — kann es besser werden!

Und wir wagen zu hoffen, daß das alle unsere Leser in Zukunft recht beherzigen wollen.

## Gerichts-Zeitung.

Graf v. d. Schulenburg (Sehlen) und Rechtsanwalt Dr. Dedekind (Wolfsbüttele) wegen Beleidigung des herzoglich braunschweigischen Staatsministeriums auf der Anklagebank.

Holzmindern, 19. Januar 1888.

Ein Prozeß von hohem politischen Interesse gelangt heute vor dem Forum der hiesigen herzoglichen Strafkammer zur Verhandlung. Graf v. d. Schulenburg (Sehlen) und Rechtsanwalt Dr. Dedekind (Wolfsbüttele) haben sich wegen Beleidigung des herzoglich braunschweigischen Staatsministeriums zu verantworten. Anlässlich dessen ist das Auditorium sehr überfüllt. Den Vorsitz bilden Landgerichtsrath Schilling (Präsident), die Landgerichtsräthe Käger, Sebald und Haberland und Landrichter Hars (Beisitzer). Die Anklage vertreten: der Chef der hiesigen Staatsanwaltschaft, Staatsanwalt Bode und Staatsanwalt Hustedt (Braunschweig). — Die Verteidigung führen: Rechtsanwalt Dr. Fischer II (Hannover) und Rechtsanwalt Dr. Hampe I (Holzmindern) für den Grafen v. d. Schulenburg, während Rechtsanwalt Dr. Dedekind seine Verteidigung selbst führt.

Im Monat Mai d. J. erschien in Wolfsbüttele eine von dem Grafen v. d. Schulenburg verfasste Broschüre unter dem Titel: „Ein offenes Wort von dem Grafen v. d. Schulenburg Sehlen“. In dieser wird in eingehender Weise betont, daß der berechnete Thronfolger in Braunschweig laut Verfassung der Herzog von Cumberland sei und der Regentenschaftsrath mit Unrecht die Regierung weiter führe. Das Staatsministerium hätte das wissen müssen und nicht andere Ansichten haben dürfen. Es hätte die Thronfolge des Herzogs von Cumberland zur Geltung bringen und wenn diese seine Bemühung erfolglos, sein Mandat niederlegen müssen. Wenn das Staatsministerium anderer Meinung ist, so befindet es

sich in einem offensibaren Irrthum. Auch der Grund, der Herzog von Cumberland sei behindert, den braunschweigischen Thron zu bestigen, weil er mit Preußen noch nicht Frieden geschlossen, ist haltlos. Der König Georg hat zur Zeit mit dem Könige von Preußen Frieden schließen wollen, der hannoversche Gesandte ist aber damals in Nilsburg nicht empfangen worden und einige Zeit darauf erfolgte, unter dem Widerspruch der hannoverschen Bevölkerung, die Annexion des Königreichs Hannover. Auch die Vermählung des Herzogs von Cumberland, mit Preußen ein Freundschaftsverhältnis anzubahnen, ist erfolglos geblieben. Man kann doch etwa nicht verlangen, der Herzog von Cumberland solle nun nochmals ein Friedensangebot machen, nachdem das Friedensangebot seitens Preußens wiederholt abgelehnt worden. Man scheint in Preußen nur Frieden schließen zu wollen, wenn der Herzog von Cumberland auf den hannoverschen Thron verzichtet. Dazu kann und darf der Herzog von Cumberland sich niemals verstehen. Auch die Behauptung, daß der Herzog von Cumberland in der welfischen Presse gegen Preußen agitirt, ist in keiner Weise erwiesen. Im Gegentheil: sowohl der verstorbene König Georg, als auch der Herzog von Cumberland haben Preußen gegenüber stets eine sehr loyale Haltung bewahrt. Der rechtmäßige Nachfolger des verstorbenen Königs Georg ist sein ältester Sohn, der Herzog von Cumberland, Albrecht und Braunschweig. Dieser hat Anspruch an den Thron von Hannover und Braunschweig. Und wenn sich der Herzog von Cumberland bereit erklärt, den herzoglich braunschweigischen Thron zu bestigen, so ist ein Hinderniß nicht mehr vorhanden. Das herzoglich braunschweigische Staatsministerium hätte dies einsehen und den Regentenschaftsrath nicht weiter vertreten dürfen. — Nachdem die Broschüre verlesen worden, wird festgestellt, daß der 33jährige Graf v. d. Schulenburg noch nicht bestraft, dagegen der 73jährige Rechtsanwalt Dr. Dedekind wiederholt wegen Majestäts-, Beamtenbeleidigung, Grenzverletzung und Zweikampfs theils bestraft, theils in Untersuchung gewesen ist. Der erste Angeklagte giebt zu, die Broschüre zwecks Verbreitung verfaßt zu haben. Er hatte die Absicht, gemäß seines Huldigungsgeides, für die Rechte seines angestammten Herzogs einzutreten, seine diesbezüglichen Ansichten geltend zu machen, keineswegs habe er aber das herzogliche Staatsministerium beleidigen wollen. — Der zweite Angeklagte, Dr. Dedekind, bemerkt: Ich habe den Druck der inkriminirten Broschüre besorgt und dieselbe in mehreren tausend Exemplaren verbreitet. Ich habe die Broschüre zunächst an alle Amtsvorsteher versandt. — Präsl.: Ranneten Sie den Inhalt der Broschüre? — Angkl.: Gewiß. — Präsl.: Und was beabsichtigten Sie mit der Verbreitung? — Angkl.: Damit der Inhalt der Broschüre zur Kenntniß aller Einwohner des Landes komme. Eine Beleidigung des herzoglichen Staatsministeriums beabsichtige ich nicht, ich wollte lediglich für das Recht meines angestammten Herzogs eintreten. Ich war aber dazu nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet, wenn ich dem geleisteten Huldigungsgeide entsprechen wollte. — Der Staatsanwalt beantragt einige von den als Zeugen geladenen Gendarmen zu vernehmen, die belunden werden, daß die Broschüre in der braunschweigischen Bevölkerung großes Aufsehen erregt habe. Die Verteidiger und Angeklagten geben dies Beweismoment zu, der Gerichtshof beschließt demnach, von jeder Beweisaufnahme abzusehen.

Staatsanwalt Bode bemerkt alsdann: Das braunschweigische Regentenschafts-Gesetz stellt es in das Ermessen des Staatsministeriums, nach dem Ableben des Herzogs Wilhelm von Braunschweig über die braunschweigische Thronfolge zu befinden. Wenn also das Staatsministerium nicht der Meinung war, der Herzog von Cumberland sei der erberechtigte Thronfolger u. s. w., so war er es eben nicht. Diese Gesetzesbestimmung mußte den Angeklagten bekannt sein.

Wenn nun die Angeklagten das herzogliche Staatsministerium mit anderen Worten der Verfassungsoverletzung bezichtigten, so haben sie wider besseres Wissen falsche Thatsachen behauptet und sich einer Beleidigung im Sinne des § 188 des Straf-Gesetzbuches schuldig gemacht. Sollte der hohe Gerichtshof die Ansicht nicht theilen, so liegt nun mindestens eine arge Beleidigung im Sinne des § 185 des Straf-Gesetzbuches vor. Es wird dem Staatsministerium geradezu eine Pflichtverletzung vorgeworfen. Der § 193 kann den Angeklagten nicht zur Seite stehen, denn, selbst zugegeben, die Angeklagten haben berechnete Interessen vertreten, so hätten ihnen doch andere Wege offen gestanden, als die Verbreitung einer Broschüre, deren Inhalt geeignet ist, das herzogliche Staatsministerium in den Augen der Leser der Broschüre verächtlich zu machen. Ich beantrage daher die Bestrafung der Angeklagten. Bei Verurtheilung des Strafmaßes wird in Betracht zu ziehen sein, daß die Beleidigung gegen die höchste Regierungsbehörde Braunschweigs gerichtet war und daß die Angeklagten, die beide den gebildeten Ständen angehören, sich der Tragweite ihrer Handlungsweise vollkommen bewußt sein mußten. Wenn man endlich die Schwere der Beleidigung in Betracht zieht, so wird man zu dem Schluß gelangen müssen, daß nur eine Freiheitsstrafe das Vergehen sühnen könne. Die Höhe dieses Strafmaßes stelle ich dem Gerichtshof anheim, ich beantrage lediglich, die Angeklagten für schuldig zu erachten und gegen sie auf eine möglichst hohe Freiheitsstrafe zu erkennen.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Fischer II (Hannover). Ich will zunächst bemerken, daß die Anklage bereits im Monat Mai vor. J. erhoben, von der Holzmindener Strafkammer jedoch zurückgewiesen worden und erst nach solch langer Zeit endlich auf höhere Anordnung zu Stande gekommen ist. Es ist dies jedenfalls der beste Beweis, daß bezüglich des beklagenden Inhalts der Broschüre in richterlichen Kreisen große Zweifel herrschen. Der Verteidiger sucht den Nachweis zu führen, daß in der Broschüre nicht ein einziger beleidigender Ausdruck enthalten sei und fährt alsdann fort: Seit einiger Zeit hat man bezüglich jeder Kritik eine sehr sensible Auffassung; in jeder Kritik erblickt man eine Verletzung seiner Ehre und wird rerod. Wir leben aber in einem konstitutionellen Staate, wo jedem Staatsbürger das Recht der Kritik zusteht. Die Zeiten, wo es bloß Regierende und Regierte gab, ist vorüber, sondern das Gesetz gestattet jedem Staatsbürger das Recht der Kritik. Und diese Kritik müssen sich nicht bloß diejenigen gefallen lassen, die auf den Brettern stehen, die die Welt bedeuten, sondern auch diejenigen, die eine öffentliche Stellung einnehmen. Wenn dies aber so ist, dann erstreckt sich dieses Recht auch auf die Männer, welche die Ministersekel einnehmen. Daß die Angeklagten berechnete Interessen vertreten haben, lehrt ein Blick auf den von ihnen geleisteten Huldigungsgeide. Der Herr Staatsanwalt meinte, die Angeklagten hätten ihre Berechnung in anderer Weise, etwa durch Petitionen an den Regentenschaftsrath wahrnehmen können. Ich stelle es anheim, zu beurtheilen, welchen Erfolg die Angeklagten auf diesem Wege erzielt hätten. Jedenfalls haben die Angeklagten die Grenzen der berechtigten Kritik nicht überschritten, sie bezichtigen das Staatsministerium nicht einer mala fides, sondern jenen lediglich: „Das Staatsministerium befindet sich in einem offensibaren Irrthum.“ Aus allen diesen Gründen beantrage ich die Freisprechung.

Verteidiger Rechtsanwalt Hampe I (Holzmindern) schließt sich seinem Mitverteidiger an.

Angeklagter Rechtsanwalt Dr. Dedekind sucht in längerer, vom Präsidenten mehrfach unterbrochener Rede den Nachweis zu führen, daß der Herzog von Cumberland der berechnete Thronfolger des Herzogs Wilhelm von Braunschweig ist. Mein dem verstorbenen Herzog geleisteter Huldigungsgeide — so etwa fährt der Angeklagte fort — verpflichtet mich, dafür zu wirken, daß dem Herzog von Cumberland sein Recht werde. Anlässlich dessen habe ich, außer den von mir verfassten Broschüren, auf Auffordern auch die inkriminirte Broschüre ver-

breitet, um auf die Bevölkerung und Regentenschaft Braunschweigs Einfluß auszuüben. Eine Beleidigung des Ministeriums hat mir fern gelegen. Das Ministerium war im Irrthum, wenn es den Regentenschaftsrath einsetzte. Es hatte dem Herzog von Cumberland in demselben Augenblick die Regierung zu übergeben, als dieser sich zur Uebernahme derselben bereit erklärte. Ein Hinderniß lag nicht vor, denn man konnte von dem Herzog, der doch nicht ein Vasall des deutschen Kaisers, sondern demselben koordinirt ist, nicht verlangen, daß er, nachdem sowohl sein verstorbenen Vater als auch er selbst den Frieden angeboten, aber zweimal fast abgewiesen worden, diese Anerbietung wiederholen sollte. Auch war, nachdem in Folge der Annexion ein Objekt nicht mehr vorhanden, der Friedensschluß eigentlich überflüssig. Blüch des Grafen v. Görz-Weisberg wäre es gewesen, gleich nach dem Tode des Herzogs Wilhelm mit dem Herzog von Cumberland Unterhandlungen anzuknüpfen. Graf v. Görz-Weisberg reiste jedoch, anstatt nach Gmunden, nach Berlin. Niemand weiß nun, welche Verhandlungen dort gepflogen worden. Ich erkläre, daß ich nur den Herzog von Cumberland als meinen Landesherren anerkenne, daß ich mich niemals dazu verstehen werde, einem anderen Regenten den Eid der Treue zu leisten und daß ich nicht aufhöre werde, für die Thronfolge meines angestammten Herzogs zu agitiren.

Sollte ich hier bestraft werden, so werde ich die Strafe erdulden in dem Bewußtsein, daß ich lediglich nach meiner Ueberzeugung gehandelt und meine Pflicht gethan habe.

Staatsanwalt Hustedt (Braunschweig) bezeichnet es als irrelevant, auf welche Weise eine Anklage zu Stande komme. Im Uebrigen bestreitet er, daß die Angeklagten aus sittlich berechtigten Gründen gehandelt, denn in dem Huldigungsgeide gelobt man wohl dem Landesherren und seinen erbberechtigten Nachfolgern Treue, man gelobt aber auch gleichzeitig Gehorsam dem Landesgelegen; dem letzteren Gelübniß haben die Angeklagten aber nicht entsprochen.

Nach noch kurzer Replik zieht sich der Gerichtshof zur Berathung zurück. Nach 1/2stündiger Berathung verkündet der Präsident, Landgerichtsrath Schilling: Der Gerichtshof hat auf kostenlose Freisprechung der Angeklagten erkannt. Der Gerichtshof hat in der Broschüre eine objektive Beleidigung des herzoglich braunschweigischen Staatsministeriums nicht finden können, obwohl nicht zu verkennen ist, daß einige scharfe Ausdrücke in der Broschüre enthalten sind.

Den Angeklagten steht jedoch der § 193 des Strafgesetzbuches zur Seite, denn sie verfolgten offenbar den Zweck, ihre Ueberzeugung, daß der Regentenschaftsrath zu Unrecht bestände und dem Herzog von Cumberland die Regierung zustehende, zur Geltung zu bringen. Der Gerichtshof verurtheilt aber auch nicht aus der Form oder aus den Umständen, unter welchen die Angeklagten für ihre Ansichten eintreten, eine beleidigende Absicht zu erblicken.

Es mußte daher, wie geschehen, erkannt werden.

O. K.  
Der Regierungsbaumeister Gustav Kehler hatte sich vor der sechsten Strafkammer hiesigen Landgerichts I auf die Privatklage der Steinbruchbesitzer Kensing und Bredendek in Hannover zu verantworten. Die Kläger fühlten sich durch einen in Nr. 15 des vom Beklagten redigirten Wochenblattes „Der Bauhandwerker“ vom 19. Mai v. J. beleidigt und haben deshalb die gedachte Klage angestrengt. In dem Artikel ist behauptet, daß die Kläger die sämtlichen Steinbrüche in der dortigen Gegend aufgekauft haben, um jede Konkurrenz zu beseitigen, und daß sie auch dann sämtliche Bauten selber zur Ausführung übernommen haben. Dadurch sei es ihnen möglich geworden, die Arbeitslöhne auf das Unverantwortlichste herabzudrücken. Am Schlusse wurden die Bauhandwerker gewarnt, nach der Deister auszuwandern und dort in Arbeit zu treten. Das Schöffengericht hatte auf Freisprechung des Beklagten erkannt, da er lediglich die Interessen der Bauhandwerker wahrzunehmen habe und nirgends über die gezogenen Grenzen hinausgegangen sei. Auf die von den Klägern eingeleitete Berufung hob die Strafkammer das erste Urtheil auf und verurtheilte den Beklagten zu 100 Mark event. 10 Tagen Gefängniß. Es wurde dabei angenommen, daß den Klägern ein deren Ehre verletzender Vorwurf gemacht sei und daß der Verfasser sich dieses Charakters hätte bewußt sein müssen.

## Soziales und Arbeiterbewegung.

An die Buchdrucker Deutschlands. Kollegen! Wieder steht eine Tarifbewegung vor der Thür, wieder drängen die Nothlagen unseres Gewerbes einen Theil der Kollegen dazu, lauter denn je den Ruf nach Besserung zu erheben. Während nun ein Theil der Kollegen sich bei der verlangten Tarifbindung mit Palliativmitteln abspesen lassen will und sich mit Gleichbehandlung der Neuausgelernten mit den älteren Kollegen, Abschaffung der Bereinigungsparagrafen begnügt, stellt ein anderer Theil der Kollegen in richtiger Erkenntniß dessen, was uns noth thut, die Forderung einer Verfürzung der Arbeitszeit. Ueber die Nothwendigkeit der letzteren Maßregel bedarf es hier wohl kaum einer längeren Auseinandersetzung. Die große Zahl unserer Arbeitslosen auf der Landstraße und in den Städten redet eine nicht mißzuverstehende Sprache. Die große Zahl der Kranken erzählt uns davon, wie aufreibend, wie schädlich der Einfluß unserer ungelunden Arbeit auf unseren Organismus wirkt, sie erzählt uns davon, wie der bei langer Arbeitslosigkeit entstehende Mangel den Körper schwächt und die Kräfte verzehrt. Es drängt sich jedem Denkenden die Ueberzeugung auf, daß hier geholfen werden muß. Aber wie? Das ist die schwere Frage.

Der größte Theil Derjenigen, welche die Tarifbindung fordern, erhofft die Hilfe vom Unterstützungsverein; er hat ja so oft geholfen, er wird und muß es auch diesmal thun. Aber der Unterstützungsverein arbeitet nun schon seit nahezu acht Jahren an der Durchführung des 1878 mit den Prinzipalen vereinbarten Tarifs, und doch hören wir immer und immer wieder, daß in den kleinen und mittleren Städten fast durchgängig die Arbeitszeit eine 10 1/2-11stündige ist, doch lesen wir fort und fort von Lohnkämpfen. Unser ganzer gegenwärtiger Kampf ist nur ein fortgesetztes Mäntlergeschick, bei dem wir heute verlieren, was wir gestern gewonnen haben. Einen entscheidenden Schlag wagen wir nicht zu thun. Das Gefühl der Unsicherheit, der Nothlosigkeit liegt uns bleischwer in den Gliedern. Die Masse der Buchdrucker fühlt instinktiv, daß die Gerechtigkeitsweise eine andere werden muß.

Betrachten wir die Lohnkämpfe der übrigen Arbeiterschaft, so finden wir, daß die zu deren Durchführung in Scene gesetzten Streiks, und mochten die bestorganisirten Gewerkschaften dahinter stehen, erfolglos, wenn nicht unglücklich ausfielen. Und wo ein kleiner Erfolg errungen wurde, wozu er nur in seltenen Fällen die Kosten des Kampfes auf England, Frankreich, Amerika liefern geradezu klassische Beispiele, aber auch Deutschland ist nicht arm an solchen. Unsere politischen Zustände begünstigen die Arbeiter in Kämpfen um Verbesserung ihrer Lage nicht. Die jüngsten Vorgänge in unserem inneren Vereinsleben beweisen zur Genüge, daß unser Gewerksverein selbst in seinem jetzigen Zustande als gefährlich angesehen wird. Würde aber derselbe zu einer größeren Kraftentfaltung sich aufraffen, zu einem Streik (denn ohne Streik würde eine Verfürzung der Arbeitszeit nicht zu erringen sein), so wäre dies einfach der Tod unserer Organisation. Unsere eigene Ohnmacht weist uns mit unseren Forderungen an den Staat.

Im Petitionsrecht ist uns ein Mittel gegeben, unsere Wünsche und Forderungen vor die Gesetzgeber zu bringen. Wenn alle Interessentengruppen, die Großindustriellen, die

Großgrundbesitzer, die Großhändler und Handwerker, sich an die Gesetzgebung wenden und Kolonien, Schutzvögel, Monopole, Innungen u. dergl. fordern, da soll auch der Arbeiterstand seine Stimme erheben und eine Berücksichtigung seiner Interessen fordern. Je lauter und nachdrücklicher wir unsere Stimme erheben, desto eher wird man ihr Gehör schenken müssen.

Die Dresdener Kollegenschaft stellte in richtiger Erkenntnis der Dinge schon vor einem Jahre an den Hauptvorstand zu Stuttgart das Ersuchen, eine Petition um Einführung eines neunstündigen Normalarbeitstages an den Reichstag zu richten, was aber abgelehnt wurde. Eine herbeigeführte Abstimmung der Bauvorstände hatte ebenfalls ein ungünstiges Resultat zur Folge. Die Berliner Generalversammlung besetzte in einer Vorbesprechung die unangenehme Angelegenheit, und so schien der Beschluß, „Petition“ endlich aus der Welt geschafft. Da fand aber am 10. Dezember in Dresden eine allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, welche die Tatzsündigung auf der Tagesordnung hatte. Hier wurde der Antrag erneuert, einstimmig angenommen und der Unterzeichnete mit der Ausführung beauftragt. Der „Korr.“ nahm anfangs allerdings einen kurzen Aufbruch auf, verweigert aber nun jedwede weitere Mitwirkung, da er „Vereinsorgan“ sei. Ein Gedankenaustausch über den Gegenstand ist unmöglich gemacht und ich muß mich nun an die gesammte Arbeiterpresse mit der Bitte um Unterstützung durch möglichste Verbreitung des Vorstehenden, sowie der Petition wenden. Diese Unterstützung ist um so notwendiger, als ein großer Teil der Kollegen dieser Angelegenheit gegenüber sich theilnahmslos verhält. An die Kollegen aber richte ich die Bitte, für die Petition nach Kräften zu wirken. Petitionen und Formulare sind durch Unterzeichneten zu beziehen. Dresden, 17. Januar 1886.

Ernst Klaar,  
Buchdrucker v. Schoenfeld u. Harnisch  
Annenstr. 47.

## Vereine und Versammlungen.

be. Polizeilich aufgelöst wurde die öffentliche Arbeiterinnen-Versammlung, welche am Dienstag, den 19. d. M., im Lokale „Wedding-Park“, Müllerstraße, stattfand. Die Versammlung war gut besucht. Vorsitzende war Frau Grothmann. Herr Boake sprach über die Stellung der Frau in der Gegenwart. Nach einem kurzen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung des Emanzipationsgedankens der Frau wies der Redner nachdrücklich auf den spontanen Charakter der augenblicklichen Frauenbewegung hin, die nicht von oben nach unten hinein, sondern von unten nach oben emporgetragen wurde. Er versuchte ferner den Nachweis zu führen, daß die Frauenbewegung mit der Arbeiterbewegung identisch sei und die gleichen Ziele verfolge. Zum Schluß bat er die Arbeiterinnen, über ihrem Bemühen, ihre Lage materiell zu bessern, nicht die ideellen Interessen zu vergessen und politisch wie rechtlich vollkommene Gleichstellung mit dem Manne zu verlangen. — Der erste Redner in der Diskussion, die an diesen Vortrag sich anschließen sollte, Herr Beckmann, führte die Auslösung herbei. Bereits hatte ihm die Vorsitzende wegen zu weit gehender Auslassungen das Wort entzogen, da machte er beim Verlassen der Tribüne eine Bemerkung, die den überwachenden Polizeibeamten zur Auflösung der Versammlung auf Grund des Sozialistengesetzes veranlaßte.

hr. Der Arbeiter-Bezirksverein für den Osten Berlins hielt am Dienstag die jährliche Generalversammlung ab. Zunächst wurde das aus der Spezialdiskussion über die einzelnen (17) Paragraphen hervorgegangene neue Statut behufs Abstimmung verlesen. Die Abstimmung ergab Annahme des Statuts mit allen Stimmen gegen eine. Der Kassenericht für das IV. Quartal ergab (inkl. 190,5 Bestand) 705,15 M. Einnahmen und 474,40 M. Ausgaben, mithin 230,75 M. Bestand am 1. Januar 1886. Dem Jahresberichte entnehmen

wir, daß die Mitgliederzahl im verflochtenen Jahre von 781 auf 949 angewachsen ist, und daß die Theilnahme der Mitglieder an dem Vereinsleben fortwährend eine sehr erfreuliche gewesen. — Aus dem dann vorgenommenen Wahlen gingen als Mitglieder des neuen Vorstandes die folgenden Herren hervor: Tabert und Boigt, 1. und 2. Vorsitzender; Christensen und Pohl, 1. und 2. Schriftführer; Berger und Glaubig, 1. und 2. Kassier; Eiert und Gehlert, Beisitzer; Neuhaus, Langer und Baars, Revisoren. Neugewählt sind von diesen Herren nur Christensen, Pohl und Langer. Zu Kontrolleuren wurden die 5 Herren R. Blum, Dietrich, Hünze, Miesch und Basewig, zu Mitglieder des Vergütungskomitee die Herren G. Mahler, Mose, Ehrlich, Zander, Sattlerberg, Schulz, Schön, R. Meyer, Wolfner und Friede gewählt. Darauf theilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand die Witwe des vor Kurzem verstorbenen Mitglieds R. Hüsch und eine andere hilfsbedürftige Witwe mit je 20 Mark unterstützt habe. Die Notlage der ersteren schilderte, legte er eine vier Tage nach dem Begräbnisse ihres Mannes ihr zugegangene, an ihren Mann adressirte „Mittheilung“ ihres Vermittlers, des Herrn Fr. C. Born, Landsbergerstraße Nr. 119, vor, in welcher dieser unterm 13. d. M. erklärt, daß, wenn bis morgen, den 13. d. M., die Restmiethe nicht bezahlt sei, er die Exzision unbedingt anstrengen würde.“ Aus der Mitte der Versammlung wurde mitgetheilt, daß Herr Born ein noch sehr junger Mann und Besitzer von fünf Häusern und der großen Kallbrennerei in der Holzmarktstraße sei. Nachdem die Versammlung die beiden Unterstützungen nachträglich genehmigt, wurde ein Antrag, dahin gehend, den Mitgliedern des Vorstandes eine Kollekte, welche dieselben vor Kurzem privatim für ein hilfsbedürftiges Vereinsmitglied veranstaltet haben, aus der Vereinskasse zurückzuerstatten, einstimmig angenommen. — Die Anfrage, ob im 27. Kommunal-Wahlbezirk ein Arbeiterkandidat werde aufgestellt werden, und die Mittheilung des Herrn Boigt, daß das Arbeiter-Komitee für die Kommunalwahlen sein Mandat niedergelegt habe, riefen eine Diskussion hervor, in welcher Herr Berndt sich gegen die Theilnahme an den Kommunalwahlen, Herr Guttmann für dieselbe aussprach.

Im Arbeiter-Bezirksverein der Oranienburger Vorstadt und des Wedding hielt am Montag, den 18. d. M., Herr Lehrer Christensen einen Vortrag über: „Die gegenwärtige Lage“. Referent besprach zunächst die Lage des Volkes im Mittelalter, wo Größlichkeit und Adel das Szepter schwingen und Menschenrechte abhängig waren vom Geldbeutel. Das Streben der jetzigen Bourgeoisie geht dahin, das Kapital in immer weniger Händen zu konzentriren, dies zeige am besten die heutige Produktionsweise, welche planlos betrieben wird. Beweise lassen sich dafür viele erbringen, z. B. wachsen die Uedersfabriken wie Pilze aus der Erde, die Preise sind durch Uebersättigung des Marktes in stetem Sinken begriffen, daher entstehen die vielen Krisen und sind Konkurse und Entlassungen von Arbeitern an der Tagesordnung. Grundsätzlich die Lage des Proletariats zu bessern, sind nur wirkliche soziale Reformen im Stande, aber nicht Hülfe auf Lebensmittel und Monopole, wie man sie jetzt vorschlägt. Daß die Lage des arbeitenden Volkes eine traurige ist, dafür spreche am deutlichsten die Zahl der Eheschließungen, welche in einem Jahre um 4000 zurückgegangen ist. In unserem Reichswesen sind ebenfalls Mißstände vorhanden. Im Jahre 1884 seien von 223 Sachen, welche an das Reichsgericht zur Aburtheilung gelangten 167 Urtheile früherer Instanzen für irrtümlich, und 136, also die kleinere Hälfte, für richtig anerkannt worden. Der Vortragende erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. Zur Diskussion sprach zunächst der Reichstagsabgeordnete Kayser, welcher die jetzige Stimmung im Reichstage einer eingehenden Kritik unterzog. So habe man z. B. noch nie bemerkt, daß der Hofprediger Stöcker als Vertheidiger der Arbeiterinteressen in einer Kommission der Reichstagskommissionen zugewiesen waren, anwesend war. Seine (des Redners) Partei könne sich mit dem Branntwein-

monopol nicht einverstanden erklären, da dadurch nur kein Vortheil erzielt würde. Hierauf sprach Herr Kunkel den Antisemitismus, wobei er bemerkte, daß, wenn von der Arbeiterpartei irgend Jemand gegen eine gewisse Klasse von Menschen in der Weise vorginge, wie der Herr Caspriano in Kassel, welcher sagte: „Wir müssen die Häute erheben, um die Juden aus Deutschland zu vertreiben“, er dann verschiedene Paragrafen des Strafgesetzbuches verlesen würde. — Die Versammlung zu Gunsten der freilebenden Glas-Handwerker wurde vorgenommen, ebenso ein Antrag angenommen eine Herrenpartei zu veranstalten. Als Herr Kunkel die wesentlichen aufzuzählende, dahin zu wirken, daß die Partei der Sozialdemokratie zum Durchbruch gelangen, ertheilte der überwachende Polizeibeamte die Versammlung für aufgelöst. Unter Hochrufen auf den Reichstagsabgeordneten Kayser ließen die Anwesenden den Saal.

Der Unterstützungsverein Deutscher Schuhmacher am 18. d. M. im „Victoria-Salon“, Brunnenstraße, eine Wanderversammlung abhalten, dieselbe konnte indes nicht stattfinden, da der Wirth des Lokals sich weigerte, den Saal zu öffnen. Der Vorstand des Vereins gedenkt, wie uns mitgetheilt wird, gegen den Wirth wegen der Nichterfüllung gegangener Verpflichtungen klagbar zu werden.

## Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwehrt sich aber gleichzeitig dagegen, den Inhalt desselben thematisirt zu werden.

Der Fachverein der Formner und verwandten Berufsgenossen zu Berlin hielt Sonntag, 17. d. M., in Bettlins Salon, Brunnenstraße, seine Versammlung ab, aber leider vor einem halbvollen Saal. Formner des Nordens, wovon Ihr, ist Eure die noch vor kurzer Zeit eine so traurige war, plötzlich so glänzend geworden, daß Ihr keine Organisation braucht? Habt Ihr vorjährige Afsaire vergessen, oder habt Ihr keine Hoffnungen, nur durch das Zusammengehen sämtlicher Formner die Verbesserung der Löhne erzielt werden kann? Alles organisiert der Hausdiener sowie der Drochsenkutscher, nur viele Formner scheuen sich noch, Mitglieder derartiger Organisationen zu werden. Wieht das an Eurer glänzenden Lage? Wir sind am Sonntag entgegengekommen; um es Euch bequem zu machen tagten wir im Norden, aber wo waren die Formner des Nordens? Wenn der alte Stamm aus dem Süden die Verbesserung nicht besucht hätte, so hätten wir vor leeren Tischen sitzen können; am ansonsten lag es doch wirklich nicht. Unsere nächste Versammlung ist am Montag, den 8. Februar, in Krügers Salon, Wasserthorstr. 68. Wir würden uns freuen, wenn dann Antwort für Euer Ausbleiben erhalten würden. Zahlstelle, sowie der Arbeitsnachweis ist bei Sedtze, Wasserstraße 123.

Der Vorstand des Fachvereins der Formner und verwandten Berufsgenossen zu Berlin.

## Briefkasten der Redaktion.

R. 248. Theilnehmen Sie sich an dem Unterricht in Handwerker-Schul. Meldungen beim Herrn Direktor der Kurstr. 52. Das Unterrichtshonorar beträgt für einen monatlichen Kursus 6 M. Dafür können Sie wöchentlich Unterrichtsstunden besuchen.

G. M. Forsterstraße. Aus Ihrem Schreiben ist ersichtlich, welche Fragen Sie meinen, senden Sie uns dieselben zu.

G. N. 1. Ein solches Fremdwörterbuch ist in unserer Expedition, Zimmerstr. 44, haben. 2. Derartige Lehrbücher der deutschen Grammatik können Sie sich in jeder Buchhandlung vorlegen lassen.

## Theater.

Donnerstag, den 21. Januar.  
Lobnhaushaus. Die lustigen Weiber von Windsor, komisch-phantastische Oper in 3 Akten.  
Schauspielhaus. Tull, Lustspiel in 4 Akten von Francis Stahl.  
Deutsches Theater. Ein Tropfen Gift.  
Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Rafaela, Operette in 3 Akten von Max Wolf.  
Walhalla-Operetten-Theater. Don Cesar, Operette in 3 Akten von D. Walthers, Musik von R. Dellinger.  
Belle-Alliance-Theater. Kapitän Parry.  
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.  
Königsstädtisches Theater. Benefiz für Fel. Ida Rosen. Martha (1. Akt). Romeo und Julie (1. Akt). Der Troubadour (2. Akt).  
Victoria-Theater. Resallina.  
Ostend-Theater. Wir Berliner.  
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

## Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 16.

## Die beiden Harsenmädchen.

Charaktergemälde mit Gesang in 4 Akten von Emil Gallert. Musik von Ludw. Vukler.

Vor der Vorstellung:

## Hr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Bons haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Vassage 1 Treppe, 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.

## Kaiser-Panorama.

Eine interessante Wanderung durch Belgien. Eine bequeme Reise am schönen Rhein. Gertha-Reise. Karolinen-Julein. Nap. Eine Reise W. P. Kinder nur 10 Pf. Abonnements- und Vereinsbillets.

1 Schlafst. z. v. Kraustr. 35, v. b. Mertowsky.

Einem geehrten Publikum empfehle mein

Reichhalt. Abendtisch. Zu jeder Tageszeit: Königsberger Fleisch, 2 Portion 25 Pf.

## Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal

427 Arbeitnachweis für Klavierarbeiter. Hermann Stramm, Restaurateur, Skaligerstr. 18.

## Cigarren- u. Tabak-Handlung

## Fritz Goercki

Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde“). Import echter Havana, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupf-Tabake. Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigaretten u. Tabake. Echt Nordhäuser Santabals. [286]

Große öffentliche Versammlung der Glacehandschuhmacher Berlins am Sonntag, den 24. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Unterverum, Brunnenstraße 29. L. D.: „Die Lohnfrage“. Mitglieder anderer Gewerkschaften haben Zutritt. 498

Tüchtige Schneidemüller für Vollgatter, sowie zuverlässige Mühlenarbeiter finden lohnende und dauernde Arbeit bei der Schneidemühle Salzhof bei Spandau.

## Kgl. Preussische Klassen-Lotterie.

Lezte Klasse: 22. Januar.

Originals 1/2: 72 Mark.

Anteile: 1/4 a 60 M., 1/8 a 30 M., 1/16 a 15 M., 1/32 a 7 1/2 M., 1/64 a 3 3/4 M.

Porto und Liste 50 Pf. extra.

Richard Schröder, Bankgeschäft, Berlin W., Markgrafenstr. 46.

Gensdarmenmarkt.

## Preussische Loose: Hauptziehung 22. Januar

6. Februar. Original 1/1, 350 M., 1/2, 150 M.

1/4, 72 M., Anteile 1/8, 30 M., 1/16, 15 M.

1/32, 7,50 M., 1/64, 4 M.

Borchardt Gebrüder, Friedrichstr. 61, Telephon 7480, Königsstr. 1, Ecke Burgstr. Telenb.

Wichtig für Hausfrauen, Waschanstalten u.

## Seifenpulver

von F. E. Leisel, Mühlheim am Rhein.

Dasselbe ist anerkannt das beste, billigste und bequemste Waschmittel, und hat sich in Hunderten von Haushaltungen ganz unentbehrlich gemacht.

Man erzielt damit blendend weiße Wäsche, auch ohne Bleiche, und spart Zeit und Geld bei größter Schonung der Stoffe.

Das viele Reiben der Wäsche wird vermieden und bleibt dieselbe viel länger in gutem Zustande, als bei allen anderen Waschmethoden.

Die Anwendung ist ganz einfach:

Man löst 1/2 Pfund Seifenpulver in etwas kochendem Wasser durch fleißiges Herumrühren vollständig auf und vermischt diese Lösung mit 25-30 Liter (gleich 1/2 bis 3 Eimer) lau-warmen Wasser.

Hi-non weicht man die Wäsche ein und läßt sie über Nacht darin liegen.

Am folgenden Tage wird die Wäsche in warmem Wasser ausgewaschen.

Man wird dabei finden, daß sich der Schmutz von selbst vollständig gelöst hat und bei leichtem Reiben so leicht verschwindet. Beim Kochen der Wäsche legt man dem Kessel eine Hand voll Pulver zu.

Dieses Seifenpulver eignet sich auch vortrefflich zum Reinmachen von Fußböden, Thüren und Fenstern, sowie zum Reinigen von Geschirren.

Laut Analyse enthält dieses Seifenpulver keine der Wäsche schädliche Substanzen, sondern konservirt dieselbe.

Jeder selbst angefertigte Versuch wird ergeben, daß Leisel's Seifenpulver die behaupteten Eigenschaften wirklich besitzt.

Dasselbe ist zu haben in Paketen von circa 1/2 Pfund Inhalt zum Preise von 20 Pfennig pro Stück.

Verkaufsstellen haben die Herren Reimann, Bulowstraße 10, Mota, Skaligerstraße 104, übernommen.

## Hugo Jacobsohn & Co.,

General-Debiturs,

Berlin S., Dresdener-Str. 106.